

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktag. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 500 000 M., freibleibend. Einzelverkaufspreis 40 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.  
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgesaltene Bettzelle oder deren Raum 130 000 M., auswärts 150 000 M., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110 000 M., für Reklamen 520 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle.  
1905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 203.

Freitag, 31. August 1923.

30. Jahrgang.

## Verfassungsrecht?

Zur gestrigen Bürgerchaftsftigung.

Dr. L. Lübeck, 31. August.

Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung.

Dieser Satz steht in der Reichsverfassung. Im Artikel 17. Am Schluß des ersten Absatzes.

Werkwürdigerweise hat diese Bestimmung der Reichsverfassung in der Lübecker Landesverfassung keinen Niederschlag gefunden. Denn das Mißtrauensvotum laut Art. 14, das eine Zweidrittelmehrheit verlangt, entspricht in keiner Weise der Vorschrift der Reichsverfassung. Darüber ist man sich in allen staatsrechtlich einigermaßen sachverständigen Kreisen einig.

Der Streit vor dem Reichsgericht wird sich im wesentlichen um einen anderen Punkt drehen: Ob eine Volksvertretung der Landesregierung oder ihren Mitgliedern ihr Vertrauen auf eine gewisse Zeit im voraus aussprechen kann; d. h. ob eine Volksvertretung die Regierungsmitglieder auf eine bestimmte Zeit wählen kann.

Der Senat hat in seiner Eingabe an das Reichsgericht diesen „wesentlichen“ Punkt nur wenig hervorgehoben; kundige Staatsrechtler werden ihn aber darauf bringen. Es liegen in der Literatur verschiedene Hinweise vor, monach Sachverständigen solches „Wählen auf bestimmte Zeit“ durchaus für möglich und mit der Reichsverfassung für vereinbar halten. Preuß selbst, der Schöpfer der Reichsverfassung, hat in der Verfassungskommission in Weimar ähnliche Ausführungen gemacht.

Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion hat dieser Rechtslage Rechnung getragen. Sie wird ihren Standpunkt vor dem Reichsgericht dahin präzisieren, daß sie eine „Wahl auf Zeit“ für möglich halte; niemals aber könne diese Zeit über die Wahlperiode der wählenden Volksvertretung hinausgehen. Dem sonst sei der Artikel 17 der Reichsverfassung völlig gegenstandslos geworden; der Parlamentarismus nur noch eine Farce.

Mit dieser Auffassung wird die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion vor dem Reichsgericht unter allen Umständen durchdringen. Und der Senat, in dem im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, einige staatsrechtlich gekulte Leute sitzen, weiß das.

Dies als theoretische Einleitung über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des gegenwärtigen Streits auf dem Rathaus. Viel wichtiger allerdings ist die andere Seite: die praktische Durchführung des Konflikts.

Sie wird durch die Tat beweisen, daß in einem parlamentarisch-demokratischen Staatswesen der Schluß der Regierungsmitglieder durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit für den Mißtrauensantrag eine völlige Unmöglichkeit ist. Denn das „Vertrauen“, von dem die Reichsverfassung spricht, ist doch nicht etwa eine „theoretisch-moralische“ Regierungsgrundlage, sondern die praktische Grundlage jeder Regierungsmöglichkeit. Und wenn eine Landesregierung für keine einzige ihrer Forderungen die erforderliche einfache Mehrheit aufbringt, dann sind alle Vertrauenserklärungen des „Minderheitsmittels“ „für die Rache“.

In dem Augenblick, wo die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion grundsätzlich die Opposition ankündigt, ist die Stellung des Senats unhaltbar geworden. Er kann einfach nicht weiter. Allerdings hat die Lübecker Verfassung für diesen Fall keinen Ausweg; sie ist also unvollständig. Der Senat aber steht allem Anschein nach die völlige Unhaltbarkeit seiner Stellung ein. Und er rechnet mit der Zwangslage. Kann er denn anders?

In diesem Punkt steht nun der Antrag ein, den die sozialdemokratische Fraktion gestern Abend einbrachte. Zunächst die Vorgeschichte!

Das Pensionsgesetz für Senatoren bestimmt, daß Senatsmitglieder, die infolge mangelnden Vertrauens der Bürgerchaft auscheiden müssen, Ruhegehalt zu beantragen haben. Das Gesetz spricht aber nur von einer Vertrauensentscheidung laut Artikel 14 unserer Verfassung, also mit Zweidrittelmehrheit. Senatsmitglieder, die in Ausübung der in der Reichsverfassung verankerten parlamentarisch-demokratischen Regierungsform zurücktreten müssen, haben also „formal“ keinen Anspruch auf Ruhegehalt. Ebenso wie die Verfassung selbst ist also entsprechend auch das Pensionsgesetz unvollständig.

Welches Interesse am Ruhegehalt der eventl. auscheidenden Senatoren die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion hat? Gar keins!

Aber als der Senat an die Fraktion herantrat mit dem Hinweis auf diese Lücke im Pensionsgesetz, konnte sich die Fraktion der Ansicht nicht verschließen, daß es ein Widerspruch in sich wäre, die auf Grund einer fittngemäßen Auslegung der Weimarer Verfassung auscheidenden Senatoren anders zu behandeln als die laut Lübecker Verfassung zum Rücktritt verpflichteten.

Die sozialdemokratische Fraktion versprach deshalb dem Senat ihre Zustimmung zu einer fittngemäßen Ergänzung des Pensionsgesetzes. Sie legte den Wortlaut des Antrages im Einverständnis mit einem Vertreter des Senats so fest, daß alle verfassungsrechtlichen Meinungsverschiedenheiten davon unberührt blieben.

Der Bürgermeister, der die ganze Angelegenheit absolut loyal schlichtete, wollte, hatte den bürgerlichen Fraktionen Aufklärung gegeben über den Sinn des sozialdemokratischen Antrags. Und sie hätten ihm zugesagt, daß sie „Verständnis“ hätten für eine solche Ergänzung des Pensionsgesetzes.

Bis dahin mich jeder, der in seinem Leben auch nur den leisesten politischen Windstoß gefühlt hat, zugeben, daß sich alles klar und folgerichtig entwickelt hat. Und daß die sozialdemokratische Fraktion im Parlament ihren Weg verfolgte hat. Nachmals bei betant-

daß es sich zurzeit nicht darum handelt, ob Ruhegehälter berechtigt sind oder nicht. Das ist im Pensionsgesetz und in der Verfassung festgelegt. Sondern nur um die fittngemäße und gerechte Schließung einer Lücke in beiden Gesetzen.

Daß die Kommunisten unseren Antrag ablehnten, das haben wir verstanden. Für die bestehen eben Verfassung und gesetzliche Vorschriften gar nicht. Aber die Haltung der bürgerlichen Parteien war wieder einmal ein Trauerspiel ohne Gleichen. Es gibt für ihre Ablehnung des Antrages nur eine Erklärung: Sie haben keine Ahnung vom Sinn unseres Antrages; auch dem Bürgermeister ist es nicht gelungen, den düfteren Geist ihrer Fraktionsführer aufzuhellen. Die Erklärung, sie hätten „Verständnis“, war offenbar nur die Eitelbrücke, hinter der sie ihre absolute Ahnungslosigkeit verbergen wollten.

Besonders schlaun glaubte es die demokratische Fraktion anzufangen. Sie verlas, um die Sinnlosigkeit ihres Verhaltens zu veranschaulichen, eine Erklärung. Diktier ist diese Erklärung von engsten Kleinbürgerlichen Instinkten; und ihr Resultat: Bauernschlaueheit statt Demokratie!

Wer in der Politik mit solcher pfiffigen Schlaueheit arbeiten will, der wird nach kürzester Frist von der Entwicklung der geraden Linie beiseite gehoben. Und ihm bleibt nur schmerzliche Scham unter dem Gesicht der anderen. Das wird auch diesmal, wie schon so oft, das Schicksal der demokratischen Fraktion sein.

Jedenfalls war die Situation in der gestrigen Bürgerchaftsftigung nur so, daß der in seiner Mehrheit bürgerliche Senat für sich — der Antrag war in Wirklichkeit ein Senatsantrag — außer den sozialdemokratischen keine einzige Stimme erhielt. Die Sozialdemokraten aber haben ihm für alle anderen Anträge ihre grundsätzliche Ablehnung angekündigt. Der in seiner Mehrheit bürgerliche Senat hatte also in einer Angelegenheit, die ihn auf die tiefste berührt, nicht eine einzige Stimme aus seinem Anrang aufgebracht. Das war der Sinn der Erklärung des Sen. Haupt.

Und wir wollen feststellen, daß der Bürgermeister heute früh die Erklärung abgab, daß er ob dieser Tatsache erschrocken sei, und es nach den Verhandlungen mit den bürgerlichen Fraktionen nicht verstehen könne.

Bei den bürgerlichen Fraktionen macht sich ein parlamentarischer Kritizismus breit, der im deutschen Verfassungsleben wohl einzig dasteht. Beseitigt überlegt man sich im Bürgertum bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Frage nach der bürgerlichen Ohnmacht im Rathaus. Köpfe entscheiden und führen in der Politik und nicht entschlossene und bauernschlaue Eierköpfe und Faselhänse. Es ist wirklich ein Trauerspiel!

Es gibt nun zwei Möglichkeiten. Entweder: die Ergänzung des Pensionsgesetzes wird auch in zweiter Lesung angenommen und die Entwicklung nimmt ihren Lauf, d. h. der Senat wird umgebildet. Und die pensionsberechtigten Senatoren bekommen ihre Pension. Oder: die Ergänzung des Pensionsgesetzes wird abgelehnt. Dann nimmt die Entwicklung doch ihren Lauf; der Senat wird auch umgebildet. Aber die auscheidenden Senatoren sind „formalrechtlich“ nicht pensionsberechtigt. Obwohl sie teilweise ein Lebensalter im Staatsdienst stehen.

Wir könnten auch von „Beamteninteressen“ jetzt ein großes Geschrei erheben. Wir verschmähen das. Nur hinweisen wollen wir auf die daraus drohenden Prozesse, in der von „wohlerworbenen Rechten“ viel die Rede sein würde. Mehr und mit mehr Berechtigung als bei den drei Polizeioffizieren.

Aber für die vollendete Tatsache haben die bürgerlichen Parteien wahrscheinlich schon einen neuen Unfall in der Tasche. Was dann aber die Sozialdemokraten sagen werden, das steht nach nicht fest, meine Herren!

Im obigen haben wir in kurzen Zeilen versucht, den objektiven Tatbestand der parlamentarischen Krise im Lübecker Parlament zu schildern. Die Arbeiterschaft wird daraus erkennen, daß wir konsequent und folgerichtig unsern Weg gehen. Aber auch den bürgerlichen „Politikern“ wird es gut tun, einige Ueberlegungen im Anschluß daran anzustellen. Denn die bürgerlichen Ausführungen in der Bürgerchaftsftigung sowohl, wie auch die heutigen Presseberichte beweisen, daß selbst die „Intelligenzen“ des Bürgertums ahnungslos einherstapeln als die grünschillernde Ribellenbrut auf der langsamen Wafentisch.

## Katastrophale Devisenhauße.

SPD. Berlin, 30. August.

Die Devisenhauße nahm katastrophale Dimensionen an. Schon an der Neuyorker Nachsbörse ergab sich für den Dollar eine Parität von 10 Millionen Mark und auch im Berliner Devisenfreiverkehr setzte die Aufwärtsbewegung des Dollars bereits in den Abendstunden am Mittwoch in beschleunigtem Maße ein. Gegen 10 Uhr früh hörte man den Dollar mit 9 900 000, gegen 11 Uhr wurde er mit 10 500 000 genannt und gegen 12 Uhr hatte er bereits einen Kurs von 11 500 000 erreicht. Der Bedarf an Einfuhrdevisen bleibt außerordentlich groß und Verkaufsborders stehen diesen Anforderungen so gut wie gar nicht entgegen. Für wertbeständige Anleihen sowohl für die des Staates wie die der Gemeinden nimmt die Nachfrage ständig zu.

Dollar 9 000 000.

## Die Absperrung des Ruhrgebiets

Von Erwin Barth.

Den Vormarsch Frankreichs und Belgiens ins Ruhrgebiet symbolisierte im Januar das Pariser „Journal“ durch eine Illustration, die Marianne zeigt, wie sie einem Deutschen mit kräftigen Fäusten den Strick um seinen Hals zieht. Das Bild sah etwas aufreizend aus. Heute wissen wir, daß der Zeichner die Entwicklung der Dinge ganz genau vorausgesehen hat.

Rhein und Ruhr sind vollständig vom Reich abgetrennt. Die deutsche Wirtschaft ist von ihrer Hauptbetriebswerkstatt — dem Ruhrgebiet — getrennt. Nicht so getrennt, wie ein Land vom anderen getrennt ist, sondern so wie Schützengräben, Festungswälle und Drahtverhaue, wie Gefängnismauern trennen. In mancher Hinsicht noch schärfer sogar.

Für den Fernstehenden ist es schwer, alles zu glauben, was in den Zeitungen über die Vorgänge im besetzten Gebiet geschrieben steht. Es ist auch unglaublich! Der unmittelbare Beobachter weiß aber, daß die Leiden der Ruhrbevölkerung und die Niedertucht der Besatzung in den dem Fernstehenden schon ungläublich klingenden Zeitungsmeldungen nur angedeutet sind.

Wenn heute im besetzten Gebiet irgendwo eine Explosion stattfindet, oder wenn im Garten eines Generals Sprengstoffe gefunden werden, wird die Grenze nach Deutschland für jeden Verkehr gesperrt, und jedesmal findet sich irgendein Vorwand, um die Grenzsperrre zu verlängern.

Grenzsperrre bedeutet: Verbot jeden Verkehrs von Personen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Nur Personen mit einer Spezialerlaubnis und Pässen fremder Länder, das sind nur ein paar Tausend, dürfen an den bestimmten Kontrollstellen die Grenze passieren. Die Grenze geht nicht nur durch urdeutsches Gebiet, nicht nur mitten durch Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise, sondern auch mitten durch Ortschaften, mitten durch Hausreihen, mitten die Straßenzüge entlang, mitten durch Gärten, Felder und Wiesen. Der besetzte Teil einer Ortschaft darf nicht mit dem unbesetzten Teil verkehren, die linke Straßenseite nicht mit der rechten, die Bewohner des Hauses Nr. 1 nicht mit denen des Hauses Nr. 2. Der Bauer darf vielfach nicht einmal über die Grenze zu seinen Feldern und Wiesen und zu seinen Gärten. Dieses Verbot wird durch gebaute Feldbefestigungen, in Hauswände gedrochene Schießscharten, durch Gräben, spanische Reiter, Stacheldrahtverhaue, Radfahrer- und Kavalleriepatrouillen und postierte Scharfschützen rücksichtslos wirksam gemacht. Es hilft kein Bitten und Flehen über diese Grenze. Frauen können nicht zu ihren Kindern, Männer nicht zu ihrer Familie, Arbeiter nicht zu ihrer Arbeitsstelle, Kinder nicht nach Hause, der Arzt nicht zum Kranken, die Hebamme nicht zur Wöchnerin usw. Wer die Grenze dennoch passieren will, riskiert Freiheit und Leben und Gesundheit. Viele sind ohne Schaden hinüber, viele sind abgefaßt, mißhandelt und bestraft worden, und eine ganze Anzahl ist beim Grenzübergang erschossen worden.

Die erste, im Juli erfolgte vollständige Sperrung der Grenze wurde mit weniger Strenge und Rigorosität und nicht mit dem Massenaufgebot von Soldaten durchgeführt. Die gegenwärtige Grenzsperrung aber ist so scharf, daß man sich eine Steigerung kaum mehr denken kann.

Der Lebensmittelverkehr ist frei! So heißt es. In Wirklichkeit wird er durch vielerlei Schikanen erschwert. So wird z. B. jetzt Getreidekaffee nicht mehr als Lebensmittel, sondern als Genussmittel aufgefacht und von der Einfuhr ins besetzte Gebiet ausgeschlossen. Milch darf ins besetzte Gebiet gebracht werden. Wenn jedoch der Bauer mit seinem Milchkarren am Grenzposten erscheint, wird ihm gesagt: keine Milch dürfe passieren — er jedoch dürfe nicht mit ... usw.

Nie waren fremde Länder voneinander so rigoros getrennt, wie hier zusammenhängendes, zusammengehöriges und wirtschaftlich einheitliches deutsches Land und Volk getrennt ist. Und das mitten im Frieden unter den Augen des Völkerbundes, der Garantien des Friedensvertrages, der Weltöffentlichkeit und all derer, denen der moralische Geifer sonst unendlich aus dem Munde floß und denen jetzt die Sprache eingetrodnet zu sein scheint.

Tagsüber und auch des Nachts versuchen natürlich Personen, die zu ihren Familien wollen, von denen sie seit Wochen abgeschnitten sind, die Sperrgrenze zu überqueren. An den offiziellen Kontrollstellen werden sie unerbittlich zurückgewiesen. So bald sie sich an anderen Stellen der Grenze nähern, wird auf sie Jagd gemacht und wird auf sie geschossen. Gelingt es ihnen, sich zu verstecken und werden sie nicht gefunden, so werden die in der Nähe liegenden Häuser durchwühlt, ihre Bewohner unter dem Verdacht, die Personen versteckt zu halten, verprügelt und als Geiseln gefangen gesetzt. Die Menschenjagden gehen oft bis in die nächsten unbesetzten Ortschaften hinein. Gefangene werden auf dem Wege zum Gefängnis, wohin sie in Trupps getrieben werden, mißhandelt und werden dargu tagelang in primitiven Kellern festgesetzt. Jeden Tag werden viele hunderte Deutsche auf ihrer engsten Heimat Erde abgefangen; nur wenige haben das Glück heil durchzukommen. Und dennoch versuchen jeden Tag neue hunderte, die seit Wochen an der Grenze warten, die selbst in materieller Not sind und die die Ungewißheit über das Schicksal ihrer Familie unwiderstehlich zwingt, die bekannten Gefähr-

ten für Leben, Leib und Freiheit, die an der Grenze in Busch und Baum und selbst auf Dächern lauern, zu misshandeln.

Bisweilen werden dann gefesselt Gerichte ausgepresst, daß die Grenze auf kurze Zeit geöffnet wird. Dann sehen sich die Karawanen in Bewegung und erfahren dann an der Grenze, daß sie genarrt worden sind. Ein solcher Tag der Grenzöffnung sollte der 25. August sein. Zu Tausenden strömten die lange Abgesperrten mit Kind und Kegel und Gepäck an die offiziellen Grenzbüchse, 500 bis 600 Meter von der Grenze entfernt stehen alle Verkehrsmittel. Frauen, alte und junge, Kinder und Greise schleppen ihr Gepäck leidend bis zur Kontrolle in Bradel. Dort wurden sie barsch abgewiesen. Ein dichtes Gedränge entstand. Dann aber wurde verflücht, daß Kinder und Mädchen mit Hängezöpfen durchgelassen würden. Frauen aller Jahresklassen lösten ihre Haare auf und flochten Zöpfe. Aber nur die ganz jungen durften passieren. Die anderen wurden mit Spott zurückgeschickt. Eine Frau mit zwei kleinen Kindern, die seit der Sperrung der Grenze im unbesetzten Gebiet ausgesperrt war, hatte ihren Mann benachrichtigen können. Der stand jenseits des Stachelstrauchs. Schließlich durften die Kinder zum Vater hinüber und die herzzerreißend weinende Mutter blieb allein ausgesperrt und mußte einsam zurück in die Fremde. Auf wie lange? Wer weiß es?

Die englischen Besatzungsbehörden erteilen Geleitbriefe zum Passieren der Grenze in liberaler Weise jedem, der gezwungen ist, aus der englischen Besatzungszone ins unbesetzte Deutschland zu reisen. Da die Franzosen durch einen Streifen neubesetzten Gebietes auch die englische Zone ganz von der unmittelbaren Berührung mit dem unbesetzten deutschen Land abgeschnitten haben, müssen alle diese Reisenden französische Grenzposten passieren. Wiederholt schon hat die französische Besatzung in Bohwinkel den Reisenden die mit englischem Visum versehenen Geleitbriefe zerissen. Die englischen Behörden sind gezwungen, um den ihnen ausgestellten Urkunden Achtung zu verschaffen, in den Zügen eigene Beamte bis nach Bohwinkel mitzuführen und die französische Kontrolle zu überwachen. General Degoutte, der sich in Bohwinkel persönlich von der großen Anzahl englischer Geleitbriefe überzeugt hat, und der dabei feststellen konnte, daß die Grenzsperrung für die Bewohner der englischen Besatzungszone so gut wie unwirksam ist, schickte besonders instruierte Offiziere nach Bohwinkel, um der „Schweineerei“ ein Ende zu machen. Sofort wurden die Anschließungsarbeiten an die von Elberfeld kommende Linie, auch die ins englische Gebiet führenden Gleise nach Solingen aufgegeben. Es war die Entsendung einer besonderen englischen Mission nach Bohwinkel nötig, um die Wiederherstellung dieser Linie zu erzwingen.

Unterhalb der Höhenburg sind in den vergangenen Tagen verschiedentlich gelübte Schwimmer über die Ruhr gekommen, die dort die Grenze bilden. Jetzt haben die Franzosen auf dem vorbersten Ecksteiner des Nationaldenkmals einen großen Scheinwerfer aufgestellt, der nachts von oben her das Ruhrtal ablichtet und die Besichtigung der Passanten ermöglicht.

Es muß der Wahrheit zuliebe gesagt werden, daß es viele Soldaten gibt, die bei der Ausführung ihrer Befehle nicht vergessen, daß sie Menschen sind. Meist die erschöpfen Grenzüberläufer und Grenzansiedler, die auf ihren Feldern arbeiten, die zahllosen Mißhandlungen und die mit Schimpf und Spott an den offiziellen Uebergängen Abgewiesenen zeugen dafür, daß es mehr als genug Leute gibt, die leicht den Fingern krümmen und denen die körperliche und seelische Mißhandlung verzweifelter Menschen ein Vergnügen ist.

## Die Akademie der Arbeit in der Frankfurter Universität.

Von Hans Ehrenholdt.

Verhältnismäßig gering ist die Zahl derer in der Arbeiterbewegung, die von der Existenz dieses bedeutendsten Bildungsinstituts der Arbeit unterrichtet sind. Das ist verständlich. Noch nie war der Existenzkampf der deutschen Arbeiter so ungemein hart wie gerade heute. Geisteskulturelle Aufgaben, Versuche der Kernzerlegung der Arbeit mit dem Geist treten merklich zurück. Indes muß aber, soll die gesellschaftliche Wirtschaftsform der Zukunft ein sittliches Fundament haben, mehr Nachdruck gelegt werden auf die geistige Durchbildung aller zur Führung berufenen Arbeiter.

Für die monarchische Staatsform waren Universitäten und Gymnasien zur Beamtenausbildung ausreichend. Für die kapitalistische Wirtschaft vermitteln Technische und Handelshochschulen das Wissen für den Führer-Kadaver. Für den demokratischen Staat aber mußte ein Institut geschaffen werden, welches die Angehörigen der abhängigen Arbeit zur Verwaltung von Funktionen im Staat und in der Wirtschaft befähigt. Ein solches besitzen wir in der Akademie der Arbeit.

Vor vier Jahren mußte sich die Preussische Landesregierung mit der Frage des Bestandes der Frankfurter Universität befaßigen. Bei dieser Gelegenheit erwiderte der derzeitige preussische Finanzminister Lüdemann den Plan der Errichtung einer Arbeiter-Akademie. Die Vertreter der Frankfurter Universität im preussischen Kultusministerium stimmten grundsätzlich zu. Und die von Sigmeyer verfaßte Denkschrift veranlaßte den Magistrat durch den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Voigt, zu erklären, daß er dazu kein volles Einverständnis gäbe. Somit stand der Errichtung nichts mehr im Wege. Die Verbände, freie, kirchlich-Denkliche, gewerliche, für die die Arbeiter-Akademie vorgesehen war, mußten aus natürlichen für die Beibehaltung Sorge tragen. Daß das infolge der ungeheuren Schwere der Gewerkschaften schwerer wird, liegt sich denken. Dafür spricht auch die Zahl der Mitarbeiter. Bei der Errichtung am 1. Mai 1921 waren insgesamt 74 Mitarbeiter beschäftigt. Im zweiten Lehrgang waren nur noch 60 einschließlich 10 Schweizerern anwesend. Der dritte Lehrgang, der jetzt läuft, und an dem der Ortsvorsitzende Unbeh des A. D. G. B. durch einen Hörer beteiligt ist, weist nur noch 40 einschließlich 2 Schweizer Mitarbeiter auf. An den beiden ersten Lehrgängen waren Angehörige aus anderen Gewerkschaften beteiligt. Im jetzigen Lehrgang, begonnen am 1. Mai und laufend bis zum 15. Februar 1924, hören ausschließlich Gewerkschaftler.

Ein Unterscheidungsmerkmal zwischen Universität und Akademie besteht vor allem in der Lehrweise. Die doch eigenartig spezifische Bildung der Universitäten konnte der Kürze des Lehrganges und nicht zuletzt der Aufgabe der Akademie wegen leider nicht eingeführt werden. Auf der Universität ist die herrschende Lehre immer noch im Grunde die Lehre von der Vererbung des Kapitals und dem freien Wirtschaftswesen. Ganz anders das Lehrgang der Akademie. Sie geht im wesentlichen

von der Arbeit aus und betrachtet die Wirtschaft als eine Angelegenheit der Gesamtheit. Nicht Erschöpfung dessen was ist, sondern tiefgehende, wissenschaftliche Forschung zum Wohle des Neuen ist ihm Wesensart. Wirtschaft, Recht, Politik, Arbeit, Soziologie ihre Aufgabengebiete.

Betriebsrätefrage, Wirtschaftsschulen und Arbeiter-Akademie sind der Ausdruck moderner Arbeiterbildung. Für den demokratischen Staat mit einer sich zur Gemeinschaftswirtschaft umbildenden Volkswirtschaft!

Wäge die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit der Arbeiter-Akademie nicht dem einzelnen verbleiben, sondern hinauswaschen in die Massen des Arbeitervolkes. Es gilt mehr als nur die Veränderung der Wirtschaft vorzunehmen.

## Die Erregung über die Beamtengehälter.

Von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten wird uns geschrieben:

Faßt die gesamte deutsche Presse hat sich in den letzten Tagen über die Höhe der Beamtengehälter und deren Vorauszahlung in vielfach sehr heftiger Weise geäußert. Es besteht die Gefahr, daß dadurch eine ausgesprochen beamtenfeindliche Stimmung in der Bevölkerung erzeugt wird. Durch die künstlich eine neue Luft innerhalb der Volksgemeinschaft geschaffen werden könnte. Deshalb sei hier einmal leidenschaftslos betrachtet, was in Wirklichkeit vorliegt und berechtigten Grund zur öffentlichen Kritik geben könnte.

Zunächst wird von den Kritizierenden, wenigstens teilweise, selbst zugegeben, daß die Beamtengehälter trotz ihrer nominellen Höhe heute nur einen Bruchteil — in Besoldungsgruppe III: 71 Proz., in Gruppe V: 59, Gruppe VII: 41, Gruppe X: 37 und in Gruppe XIII: 35 Proz. — des Friedensgehaltes erreichen. Tatsache ist, daß ein verheirateter Beamter der Besoldungsgruppe III dritte Stufe in Berlin mit zwei Kindern ein monatliches Gesamteinkommen für August von 74 786 280 M. (ohne Steuerabzug) bezieht. Stellt man dazu den Lohn eines Berliner Maurers vom 23. bis 29. August in Höhe von 49 022 000 M. in Vergleich, so wird man von einer Ueberzahlung des Beamten sicher nicht sprechen können. Es wird dann auch die in einigen Zeitungen verbreitete Meldung, eine untere Beamtenklasse habe sich zwei Mäntel zum Preis von 65 und 85 Millionen Mark gekauft, mit gebührender Vorsicht aufgenommen werden. Die große Masse der unteren Beamten ist jedenfalls auch nach der neuesten Gehaltsregelung nicht in der Lage, auch nur die geringsten Anschaffungen zu machen. Diese ganze große Beamtenmasse hat auch von den so hart kritizierten Vorauszahlungen der Gehälter nichts gefaßt, da diese sich nur auf solche Beamte beziehen, die Kontoinhaber sind. Wenn also von einer Wirkung der Beamtenbesoldung auf die Inflation gesprochen wird, so sind auch hieran nur die höchst bezahlten Beamten beteiligt. Der beamtete Familienvater mit einem Monatsinkommen von knapp 70 Millionen (nach Steuerabzug) braucht jede ihm geleistete Zahlung sofort für den nötigsten Tagesbedarf und kann sich keinerlei Rücklagen bei Sparkasse oder Bank leisten. Die Vorauszahlungen des Gehaltes sind den Beamten geschicklich gewährleistet. Durch die bereits erfolgten Einkünfteausgaben sind aber die verfassungsgemäß geschützten, wohlverordneten Rechte der Beamten auch in dieser Beziehung bereits stark beschnitten.

Bei dieser Gelegenheit muß auch das immer mehr sich verbreitende Schlagwort von dem „ungeheuer angeschwollenen Beamtenheer“ einmal dahin berichtigt werden, daß von einer Vermehrung der Beamtenstellen nicht mehr gesprochen werden kann, da bereits seit geraumer Zeit ein steter Abbau von Stellen erfolgt. In der Zeit vom Oktober 1922 bis März 1923 sind z. B. allein auf dem Gebiete der Reichsbahnverwaltung rund 17 000 Ämter eingespart worden, wie in einem Briefe des damaligen Reichsverkehrsministers Gröner an das Reichsfinanzministerium gemeldet wurde. Inzwischen ist dieser Abbau natürlich weiter fortgesetzt worden.

## Die Reichsindexziffer vom 27. August.

Steigerung der Teuerung in der letzten Woche um 57 Proz.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20. August bis 27. August um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1 183 424 gegen 753 793 in der Vorwoche. Die Steigerung ist auf Grund der Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden.

Für die vorige Woche hatte sich, infolge des Anschlusses an den nur vierzehntägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden, ein anderer Teuerungssatz (72,5 Prozent) ergeben, als der aus dem einfacheren Mittel in den Wochenberichts-Städten errechnete (54 Prozent). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da eine neue Teuerungszahl aus den 71 Gemeinden nicht vorliegt.

## Die italienisch-griechische Kriegsgefahr.

Im Wetterwinkel des Balkan hat sich abermals eine politische Sturmabgewalt, die lebhaft erinnert an die Ermordung des österreichischen Kronprinzenpaars in Serajewo am 28. Juli 1914. Angeblich griechische Borden überfielen am Montag an der südbalkanischen Grenze das Automobil mit den italienischen Mitgliedern der Interalliierten Kommission, die im Auftrag der Botschafter-Konferenz die griechisch-albanische Grenze festzulegen haben. Vom General bis zum Chauffeur wurden alle Insassen erschossen. Der Wagen mit der albanischen Delegation, der vorausfuhr, blieb ebenso unbeschädigt wie das Automobil mit den griechischen Kommissionsmitgliedern, das folgte. Neuer Mord vorläufiger Jannakier in der Hauptstadt des annektierten Bosnien vor 9 Jahren war der Anlaß zum Weltkrieg mit allen seinen Folgen. Soll die jetzige Bluttat wieder die Grenzlinie eines Krieges, vom Balkan ausgehend, herausbekommen? Die Gefahr ist groß. Mussolini, der Diktator Italiens, benutzt umgehend die Tat, um anheimelnd den griechisch-italienischen Konflikt, der sich in der letzten Zeit, besonders nach dem Abschluß des Friedens von Lozanne, immer mehr zuspitzt hatte, einer gewaltigen Lösung zuzutreiben. Wie einst Österreich gegen Serbien, beanstandet jetzt Italien den Mord an seinen Offizieren mit einer Note, die fast ultimative Charakter trägt. Kurzhand wird auch diesmal, wie damals Serbien, die griechische Regierung materiell und moralisch verantwortlich gemacht für die Ermordung der Militärmission und an sie die schwersten Sühneforderungen gestellt. Wird sich Griechenland diesen Forderungen beugen? Das ist eine Frage, deren Beantwortung notwendig ist, weil auch in Griechenland der Nationalismus jetzt Trumpf ist. Eine extrem-nationalistische Militärpartei hat verfassungswidrig das Ruder des Staatschiffes in der Hand. Was eine demokratisch und passiv eingestrichelte Regierung viel leichter vermöge, für eine aus nationalitären Fanatismus begangene Mordtat weitgehende Sühne zu gewähren, ist für die griechischen Träger des Nationalismus außer Frage. Die Annahme der italienischen Bedingungen bedeutet unzulässig für diese Regierung deren Ende. Eine Ablehnung der Forderungen würde das Ziel der griechischen Politik und damit die große europäische Gefahr — allseitig als Ausgangspunkt der Kriegsgeschichte bezeichnen. Was bei der heu-

tigen Spannung in der politischen Lage Europas ein fruchtbarer Konflikt zwischen Italien und Griechenland bedeutet und welche Folgen er nach sich ziehen kann, das liegt für jeden nur zu nahe. Die europäischen Regierungen verkennen diese Gefahr nicht. Schon sind Schritte im Gange, die eine Lösung des Konflikts durch die Botschafter-Konferenz, in deren Auftrag die italienischen Militärs ihres Amtes walteten, anstrebt. Im Interesse der Befriedung des fieschen Europas wäre eine solche friedliche Lösung dringend zu wünschen, damit Europa nicht noch am eigenen Leibe zu spüren bekommt, wohin blindwütender Nationalismus auf allen Seiten die Wässer der alten Welt führt.

## Druck der Botschafterkonferenz auf die griechische Regierung.

II. London, 31. August.

Die Ermordung der italienischen Delegierten in der albanischen Grenzfestsetzungskommission war gefiern der Gegenstand eingehender Beratungen der Botschafterkonferenz in Paris. Es wurde beschlossen, im Namen der französischen, britischen und italienischen Regierung an die griechische Regierung einen energiegelichen Protest zu richten und von ihr angefordert der Tatsache, daß der Mord auf griechischem Boden geschehen ist, unverzüglich energigke Untersuchung der Angelegenheit zu fordern.

## Diktatur gegen Landesverräter.

Es gibt in Deutschland eine sogenannte „nationale Presse“, die die gegenwärtige Lage immer wieder mit der in den Spätkriegsjahren von 1918 vergleicht. Auch wir sind der Auffassung, daß eine gewisse Parallele möglich ist! Denn damals führten unsere „Patrioten“ den Bankrott herbei, um dann wochenlang bei den neuen Machthabern um Gnade zu betteln und später die Sozialdemokratie des Landesverrats zu bejähigen, 1923 halfen sie durch Cuno die Katastrophe vorbereiten, um jetzt erneut die als Vaterlandsverräter zu beschimpfen, die ihr Erbe, Cunos Sinterlassenschaft antraten und retten wollen, was noch zu retten ist. In Wirklichkeit sind auch heute wieder die Deutschnationalen die größten Landesverräter! Sie fordern von der Regierung eine „nationale Politik“, versuchen aber in Wirklichkeit bewußt die Katastrophe herbeizuführen. Oder heißt es nicht bewußt die Katastrophe vollenden und Deutschland zu einer französischen Kolonie herabwürdigen, wenn diejenigen, die Deutschland durch eine wahnsinnige Kriegspolitik machtlos machten, heute in ihrer Verantwortungslosigkeit die Einstellung aller Leistungen aus dem Versailler Vertrag, die Ausweisung der französischen und belgischen Mitglieder der Entente-Kommissionen und außerdem die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verlangen? Grenzt das nicht an Landesverrat, wenn unsere sogenannten „Patrioten“ heute durch die von ihnen propagierte Steuerfabotage die Wiederherstellung geordneter finanzieller Verhältnisse als Voraussetzung für eine befriedigende aktive Außenpolitik unmöglich machen? Sie besitzen genügend Geld für die Propaganda einer Politik, der nur Demagogen und Phantasten zustimmen können, für die Beschimpfung der Männer, die sich in der höchsten Not dem Vaterland zur Verfügung stellten, aber keinen Pfennig haben sie übrig für eine Regierung, die bereit ist, eine wahrhaft nationale Politik zu treiben. Sie fordern Fortsetzung des Ruhrkampfes, aber schämen sich nicht, tagtäglich unter unkontrollierbaren Vorwänden von der Regierung, der sie kein Vertrauen schenken, Papiermarkkredite zu fordern, die dann zur endgültigen Vernichtung der Mark und zur Vergrößerung des Elends unserer Bevölkerung benutzt werden. Und diese Gesellschaft stellt sich dann noch hin, um von der Regierung eine „nationale Politik“ nach eigenem Gutdünken zu fordern, die aber in Wirklichkeit auf die Vergrößerung der neuen Reichtümer und den Ruin des Reiches hinausläuft.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung, ungeachtet der deutschnationalen Demagogie, die auf Wählerfang hinausläuft, den Weg geht, den sie für notwendig erachtet. Es hat heute keinen Sinn, mit falschen Karten zu spielen, nur Offenheit kann uns aus der gegenwärtigen schwierigen Situation führen! Unsere Finanzlage ist fast trostlos. Sie kann nur eine Besserung erfahren, wenn neue währungspolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit einer entschiedenen außenpolitischen Aktivität ergriffen werden. Gott sei Dank herrscht endlich allgemeine Klarheit darüber, daß es nun einmal ein Ding der Unmöglichkeit ist, im Innern geordnete Verhältnisse zu schaffen und die Not des Volkes zu lindern, solange der Ruhrkonflikt fort dauert. Auf diese Einsicht gestützt, versucht die Reichsregierung mit allen Mitteln, aber nicht um jeden Preis, eine Verständigung herbeizuführen. Sie handelt hierbei in vollkommenem Einverständnis mit der Bevölkerung an der Ruhr, die ebenfalls ein Ende des gegenwärtigen Zustandes wünscht und durch die Unterstützung einer Politik der Verständigung mithelfen will, ein Chaos zu vermeiden. Wer also die Reichsregierung wegen ihrer Realpolitik beschimpft, bezichtigt gleichzeitig die Bevölkerung im Ruhrgebiet des Landesverrats und bereitet damit eine innere Gefahrenquelle vor, der sofort vorgebeugt werden muß. Die Auswirkungen der ersten Dolchstoßpropaganda sollten genügend mahnen! Wollen wir für die Zukunft nicht Mord und Totschlag im eigenen Lande, dann muß sich die Regierung jetzt mit aller Energie gegen diejenigen wenden, die heute das Ziel der Verständigung als „Kapitulation“ verzeichnen und damit einen Haß ohne Grenzen großziehen!

Ohne Diktatur im Rahmen der Verfassung werden wir überhaupt nicht weiter kommen. Diktatorische Maßnahmen sind nicht nur notwendig gegen die Verleumder, sondern vor allem auch gegen die Steuerdefraudanten und diejenigen, die trotz aller Not des Vaterlandes kein Empfinden für nationale Notwendigkeiten haben. Herr Stresemann hat kurz nach seinem Regierungsantritt erklärt, daß er im Notfall vor diktatorischen Maßnahmen nicht zurückzureden wird! Jetzt ist die Zeit gekommen, diese Auffassung rücksichtslos durchzuführen. Es ist bekannt, daß der Vertrag gegenüber dem Staat trotz der neuesten Notverordnung über die Devisenabgabe seine Fortsetzung findet und der Steuerbetrug wesentliche Einschränkungen seit dem Antritt der neuen Regierung nicht erfahren hat. Hier hilft nur die Diktatur! Aber darüber hinaus muß die Regierung zu weiteren positiven währungspolitischen Maßnahmen schreiten. Wir entziehen kein Geheimnis, wenn wir darauf hinweisen, daß in Arbeiter- wie in Wirtschaftskreisen der Fortbestand der Markwährung als unhaltbar betrachtet wird und entsprechende Pläne bereits ausgearbeitet worden sind. Es handelt sich um Ausarbeitungen, die von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen und die der Regierung vorliegen dürften. Hieraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, ist ebenso nationale Pflicht wie jetzt gegen das Steuerdefraudantenium, die Spekulation und die Verleumder mit diktatorischen Maßnahmen vorzugehen.

# Die Regierung des Mondes.

## Aus den Sitzungen der KPD-Bezirksleitung.

Das Verbot der kommunistischen Betriebsräteorganisation wird vom Preussischen Pressedienst mit einer eingehenden Begründung versehen, die wir wegen ihres großen Interesses zum Ausdruck bringen:

Das bei den polizeilichen Durchsuchungen am 25. August in den Geschäftsräumen der kommunistischen Partei beschlagnahmte Material hat den zwingenden Beweis geliefert, daß der aufgelöste Fränkischer-Ausschuß durch eine andere, wie die Kommunisten sagen „zweckmäßiger zusammengesetzte Organisation weitergeführt werden soll.

Nach der Meinung der Bezirksleitung der KPD. soll dieser organisatorische Aufbau folgende Vorteile haben:

„Er würde erstens der bestehenden Betriebsräteorganisation des UGB. organisatorisch angegliedert sein, und aus diesem Grunde eine gute Fraktionsarbeit in dieser noch bestehenden Körperschaft ermöglichen; er würde zweitens bei einer halb zu erwartenden Auflösung der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation sofort an den Platz rücken können und würde drittens durch seine Gliederung in Industriegruppen es erleichtern, diejenigen Industriegruppen besonders intensiv politisch zu bearbeiten (Graphiker, Buchdrucker, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verkehr usw.), die in den letzten Bewegungen vollständig verjagt haben.“

Aus dem Material geht ferner hervor, daß alle Angelegenheiten der Berliner Betriebsräte nicht von diesen selbst oder von ihren Organisationen, sondern von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei geregelt werden. So ist z. B. der Beschluß, auf Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 9. September einen Betriebsrätekongreß in Berlin zu veranstalten, auf eine Anweisung der Bezirksleitung der KPD. zurückzuführen. Die kommunistische Agitatorin, Ruth Fischer, die den Organisationsplan entworfen und auch die ersten Anregungen zu dem Betriebsrätekongreß gegeben hat, hält es

aus taktischen Gründen für richtig, möglichst viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als Wahlkandidaten heranzuziehen.

Um dem Kongreß das Ansehen einer größeren wirtschaftlichen Macht zu verschaffen, sollen insbesondere die Kraftwerke der Umgebung, die Berlin mit Strom beliefern, und besondere Großbetriebe aus dem Reich herangezogen werden. Man rechnet in kommunistischen Kreisen schon mit einem Verbot des Betriebsrätekongresses und will ihn für den Fall in Leipzig oder Dresden abhalten.

Alle diese Vorbereitungen und organisatorischen Maßnahmen sollen getroffen werden in der Erkenntnis, „daß die kommenden politischen Kämpfe geführt werden durch die kommunistische Partei, gestützt auf die Betriebsrätebewegung“. Man ist sich im kommunistischen Lager klar darüber, daß die Parole von der „Einheitsfront“ nicht mehr zieht, daß die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften für die von der kommunistischen Partei geplanten Bewegungen nicht zu haben sein werden. Von Maslow ist sogar Klage darüber geführt worden, daß in Chemnitz gepflogene Verhandlungen mit dem UGB. und der SPD. die Ablehnung des Generalstreiks durch die Betriebsräte zur Folge gehabt haben. Auch Maslow ist der Meinung, daß der Aufbau des Betriebsräteorgans als ein erster Kampfplan zu betrachten sei, der eine gewisse Garantie dafür schaffen soll, daß bei kommenden Kämpfen alles wenigstens halbwegs funktioniert.

Meinungsverschiedenheiten im kommunistischen Lager über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Parolen sind nach den aufgefundenen Aufzeichnungen im Augenblick ausgeglichen. Die schärfere Richtung meint, daß die Forderung der „Diktatur des Proletariats“ in den Vordergrund gestellt werden müßte, während die anderen, mehr opportunistisch eingestellten Führer der KPD. die Lösung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ für zugänglicher hielten. Uebersaus bezeichnet für die Einschätzung der Massen

durch die kommunistischen Führer sind einige protokolllarische Aufzeichnungen über Ausführungen von Ruth Fischer, in denen es u. a. heißt:

„Die Massen haben „Arbeiterregierung“ gefordert. Aber sie haben das nur gesagt, weil das die Lösung der kommunistischen Partei ist. Hätte die kommunistische Partei die Lösung „Regierung des Mondes“ herausgegeben, so hätten sie auch gefordert: „Regierung des Mondes“, weil das Vertrauen der Massen zur kommunistischen Partei so groß ist, daß sie alles auffangen, was die kommunistische Partei sagt.“

Die Mitglieder der Bezirksleitung der kommunistischen Partei sind sich über die Gefährlichkeit ihres eigenen Beginns (insbesondere für die Arbeiter) durchaus im klaren. Von Ruth Fischer ist zugegeben worden, daß, wenn der Streik weiter gegangen wäre, die Grenze, an der es

### zum bewaffneten Konflikt

kam, erreicht worden wäre. Der gleichen Auffassung ist ihr Freund Maslow, der in der Sitzung vom 21. August erklärte, daß, wenn die Kommunisten der Parole des Sturzes der Regierung Cuno die Parole der Diktatur des Proletariats hätten folgen lassen, niemand wisse, was dann gekommen wäre (Zurück: Bewaffneter Kampf!); aber das, was gekommen wäre, wäre sicher nicht günstig für die Kommunisten gewesen.

Es ist den kommunistischen Führern auch die Schwäche ihrer Position durchaus bekannt. Lebhaftige Klagen führten die Mitglieder der Bezirksleitung unter sich über das Verlangen der „Rote Fahne“. Ruth Fischer hob hervor, daß die Beschlagnahme der „Rote Fahne“ durch die Polizei dem Generalstreik einen schweren Schlag versetzt habe, und auch der Landtagsabgeordnete Schölem war betrübt darüber, daß die „Rote Fahne“ zwei Tage lang „nur für die Polizei gedruckt worden sei. Die Schuld an diesem Verlangen trage der Zentralvorstand und die Geschäftsführung der „Fahne“, von der man der Meinung sein könne, daß sie absichtlich Sabotage betrieben habe. Auch der „Kurierdienst“ der Partei scheint nicht ganz geklappt zu haben, und man hält augenblicklich auch in diesen Dingen den Zentralvorstand für zu schlapp,

denn in Zukunft will die Bezirksleitung sich ihre eigenen Verbindungen schaffen und eigene Kuriers hinausenden.

Vor allem aber haben sich die Erwartungen nicht erfüllt, die die Kommunisten auf die Beteiligung der Gewerkschaften gesetzt haben. Es wird festgestellt, daß sich die oppositionelle Ortsverwaltung der Eisenbahner nicht bewährt habe. Auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter seien von der Bewegung nicht genügend erfasst worden, und als eine weitere gefährdete Stelle werden die Buchdrucker bezeichnet. Das Verlangen in der Reichsdruckerei wird auf die Ueberlastung Brandlers zurückgeführt, dessen Aufgabe es gewesen sei, die Organisations-„Zelle“ in der Reichsdruckerei zu bearbeiten.

Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, daß den Gewerkschaften der schärfste Kampf angelegt wird. Es soll versucht wer-

den, eine neue Kampagne in die Gewerkschaften hineinzutragen unter dem Titel:

„Reinigung des Funktionsapparates“, — das führe zu einem klaren Kampf mit der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften.

Maslow ist der Meinung, daß auch mit der USP. in Berlin Schluß

gemacht werden müsse. In einem „offenen Brief“ sollen die Anhänger der USP. aufgefordert werden, sich der kommunistischen Partei anzuschließen. Endlich bekommt auch die Union der Hand- und Kopparbeiter ihre Rüge. Von ihr wird gesagt, daß sie sich bisher als „völlig zwecklos“ erwiesen habe. Man müsse dahin wirken, daß es recht bald zu einer Liquidierung der Union in Brandenburg und Berlin komme. Von der Fischer wurde mitgeteilt, daß sich in Mitteldeutschland Ortsgruppen der Union sogar gegen den Streik gestellt haben.

Die hier veröffentlichten Protokolle gewähren einen interessanten Einblick in das innere Getriebe der kommunistischen Organisation. Absolut eindeutig beweisen diese Protokolle, daß der linke Flügel in der KPD. das Heft vollkommen in der Hand hat. Die Anträge zu besserer Einsicht, die nach schweren Niederlagen und heftigen Auseinandersetzungen unter den Kommunisten aufzulommen schienen, sind verfliegen. Die Welle scheint sie zu tragen, und schon steuern sie wieder lustig auf das hohe Meer kindlichster Illusionen. „Bewaffneter Aufstand“, „Endkampf“, so schwärmt es in den Köpfen jener Novemberkommunisten, die unter kommunistischen Arbeitern das Wort und meistens das große Wort führen dürfen. Mit dem Zynismus Rabekischer Schule entführen sie die Rolle die die Drahtzieher sozialdemokratischer Arbeiter zuschieben möchten dem Vorparn für ihre wahnsinnigen und verbrecherischen Attentate auf die Arbeiterschaft zu leisten. So verrannte Janatiker, die um die Gunst östlicher Studenten bettelnde Wiener Jüdin Ruth Fischer und ihr Partner Maslow sein mögen, so hinverbrannt sind sie nicht, daß sie nicht übersehen, welche blutige Niederlage ein von ihnen provoziertes Kampf zur Folge haben müßte. Sie werden sich aber gründlich täuschen: in ihrer dumm-pfiffigen Spekulation auf die Sozialdemokratie. Diese weiß, was von den Abenteurern beabsichtigt ist und wird ihnen keine Gelegenheit geben, ein Feuer zu entzünden, das schlimmere Folgen hätte als nur die Zertrümmerung der KPD. An ihrem Widerstand wird sich auch der Wahnsinn dieser Reaktion brechen.

## Vermischte Nachrichten.

Die Segelflüge in der Rhön. Im Rhönsegelflug schlug Martens den Weltrekord der Franzosen um einen ganzen Kilometer durch einen Flug über 12 Kilometer, der sich zeitweise in 150 Meter Höhe in heftigen Böen hielt. Das Besondere an diesem Flug bedeutet, daß Martens die Aufwinde des Hanges beim Ueberlegen des Geländes nicht benutzte.

Abbruch der chinesischen Mauer. Die berühmte chinesische Mauer wird jetzt abgetragen; ihre Ziegel und Steine sollen zu Bauzwecken Verwendung finden. Es wird aber noch eine lange Zeit verstreichen, bevor dieses ungeheure Bauwerk ganz verschwunden ist, das die größte Mauer darstellt, die jemals errichtet wurde. Mit ihren verschiedenen Windungen ist sie weit länger als 3000 Kilometer. Sie ist an den unteren Stellen 25 Fuß und oben 15 Fuß dick. Die Höhe der Mauer schwankt zwischen 15 und 30 Fuß. Sie war ursprünglich mit mehr als 20.000 Wachtürmen ausgestattet. Die chinesische Mauer soll mehr Steine enthalten, als sämtliche Bauten des vereinigten englischen Königreiches. Dabei wird behauptet, daß diese gewaltige Umwallung, die verschiedene Gebirgsketten überschreitet, in fünfzehn Jahren erbaut worden sei. Die Chroniken melden, daß der chinesische Kaiser Huang Ti sie etwa zweihundert Jahre vor Christo baute, um den Einfall wilder Stämme von Norden her zu verhindern. 300.000 Arbeiter und alle Verbacher des Landes wurden bei der Arbeit beschäftigt.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst Lütke und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 29. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	31. August.	28. August.
Amsterdam	4309700.—	2493750.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 518700.—	295260.—
Kristiania	1 Kr. 1795500.—	1043390.—
Kopenhagen	1 Kr. 2044875.—	1177050.—
Stockholm	1 Kr. 2952600.—	1695750.—
Helsingfors	1 Finn. Mk. 307230.—	175320.—
Rom	1 Lire 478800.—	275320.—
London	1 £ 49875000.—	28927500.—
Newyork	1 Dollar 10972500.—	6384000.—
Paris	1 Frs. 622400.—	369090.—
Zürich	1 Frs. 1975050.—	1147125.—
Madrid	1 Pesetas 1476300.—	869820.—
Wien	100 Kr. 15561.—	8977.—
Prag	1 Kr. 923199.—	187536.—
Budapest	1 Kr. 615,95	361,09

## Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Jahn.

7. Fortsetzung.

Es waren zwei Stufen an der Haustür. Ueber die stieg sie hinauf, noch immer die Hand in der Leine. Ob sie ihn zog oder ob er ihr sonst folgte, wußte sie wiederum nicht.

„Sa, ist niemand mehr da?“, fragte er.  
„Ja, ist“, gab sie ebenso leise zurück. Sie öffnete die Tür und trat über die Schwelle; aber als sie die Tür hinter sich zumachen wollte, stemmte er den Fuß dazwischen.

Da packte es sie, daß sie in jäher, verzweifelter Furcht ihm beide Hände vor die Brust stieß und ihn hinausdrängte. Dann schlug sie die Tür zu und stieg die Treppe hinauf. Aber kaum in ihrem Zimmer angekommen, eilte sie ans Fenster, riß es auf und sah durch den herabgelassenen Laden hinab. War er noch unten? War er gegangen? Sie hätte ihn jetzt rufen mögen. Sie trat und doch brannte ihr Kopf. Sie empfand eine wilde Reue, daß sie ihn hatte gehen lassen.

In der Nacht schlief sie nicht. Sie lag mit festgefaßten, oft mit gerungenen Händen. Es war alles Wirnis in ihr, keine Klarheit, lauter wechselnde, ineinander verschwimmende Bilder ihres Lebens, vergangene und künftige.

Gegen Morgen setzte sie sich im Bett auf. Ein graues Licht fiel durch die Läden. Da wurde es auch in ihr kühler und wüßiger. Und plötzlich weckte die Verabingung zu der klaren Empfindung eines am Zieleins. Sie wußte nicht, woher sie ihr kam. Sie wiederholte sich bei klaren Sinnen alles, was sie früher geklagt: dieses Glück ging vorüber und kam nie wieder! Aber — die Erinnerung bliebe wohl! Die Erinnerung, an welcher sie ihr Leben lang zehren wollte. Sie würde — etwas Wesenloses sein, nichts Wirkliches!

Aber — das Kind!

Da war der Gedanke wieder. In einem Kinde würde sich dieses Glück von heute, das vergänglich, verkörpert, bleiben für alle Zeit als etwas Stabbares, als —

Die kleine Salome Zeller wußte nicht, was für eine Gewalt in ihr schliefte. Sie wußte nicht, daß die Sehnsucht nach Treue, die Kraft zur Treue, welche der Grund der Frauennatur ist, sie auf ihrem Wege vorwärts stieß. Aber diese Gewalt war es, die ihren Willen bestimmte. Es war nicht mehr nur das Verlangen erwachter Sinne, sondern der heimliche, schwärmerische Wunsch, sich aus dem wunderbaren Glück von heute ein Bildnis zu schaffen, vor dem sie den Rest ihres Lebens in einer Art ewiger Anbetung zu knien vermöchte. Und wenn dieser Wunsch vielleicht dennoch im Grunde ein Egoistisches war, eine Entschuldig, welche das fündige Verlangen erfand, so wußte Salome das nicht. Sie lebte schon ein Kind, das noch nicht war, vieten ihm, operierte sich für es. Etwas Heiliges und Großes war in der kleinen, schlafenden Salome Zeller in dem Augenblick, da sie beschloß, sich anzugeben.

Dann wußte sie, daß Heinrich Hirzel nicht umsonst bitten würde, wenn er abermals Einlaß heischte.

Den ganzen Sonntag verbrachte sie mit ihm auf dem Lande. Sie waren zuerst besungen, dann wiederholte sich das Spiel von gestern, das Einander-Suchen und Sich-einander-Verweigern.

Es wurde wieder Nacht. Sie kamen an die Haustür, als niemand mehr wachte. Und Heinrich ging an diesem Abend — nicht hinweg.

VII.

Der graue Herbst hatte die Herrschaft über das Land. Es war, als ob die Erde gestorben wäre und als entliehe aus dem entseelten Leibe Tag um Tag der letzte Rest von Wärme, mit welcher ihn die Sonne durchgossen. Der Boden wurde hart und dürr und gelb. Das Meer hatte keine Weite mehr. Es kam aus einer grauen Nacht von Nebeln geräuselt, selbst grau und mächtig und dampfend wie landstessender Nebel. Die Stadt stand düster und von feuchten Dünsten umwogt an seinem Ufer. Es wurde nie mehr recht Tag in ihr. Die Sonne war tot wie das Land. Doch wurde es noch immer Sonntag.

An einem solchen Sonntag lag Salome am Fenster ihrer kleinen Kammer und blickte hinter weißen Gardinen hervor auf die Straße hinab. Die Gegend, wo sie lebte, war wenig begangen. Heute war sie vollends leer wie eine Postgasse. Alle Menschen waren in der Kirche. Salome hätte auch hingehen sollen. Sie war es von Haus aus gewöhnt, nie beim Gottesdienst zu fehlen, und hier in England sah man darauf. Ihre Hausfrau besonders, die ihrer Mieter wegen selbst nicht fürkam, wollte jedesmal wissen, ob sie dort gewesen sei. Allein Salome wollte heute zu Hause bleiben. In ihrem Schoß lagen zwei Briefe, die sie beim Frühstück gefunden. Es war sonderbar, daß diese beiden Briefe ganz zu gleich in ihre Hände gelangt waren. Sie hatte sie uneröffnet hier herauf in ihr Zimmer getragen, sie hier gelesen, erst den einen, dann lange Zeit nachher den anderen. Und sah nun immer noch, die Seele und den Kopf von dem durchkaut, was sie gelesen hatte.

Zuerst die wenigen Worte Heinrich Hirzels: „Was ich Dir das letzte Mal gesagt habe, ist eingetroffen. Ich muß nach Hause. Der Vater braucht mich im Geschäft. Einer der ersten Angestellten ist erkrankt. Nun soll ich früher, gleich abreisen. Ich werde nicht mehr dorthin kommen können.“

Am Schlusse dieses Briefes standen ein paar Sätze, die Salome das Blut zum Herzen jagten: „Ich danke Dir für die schöne Zeit, die Du mir gegeben hast. Hoffentlich sehen wir uns daheim manchmal — später.“

Diese Worte klangen aus dem ganzen Briefe als etwas Besonderes heraus, so als ob in ihnen der eigentliche tiefe Inhalt liege. Sie klangen und kauteten und besten. Und Salome lag und lauschte. Das war das Ende! Sie wußte, daß es einmal und daß es nicht spät kommen werde. Nun war es auf einmal da. In den beiden Sätzen da am Schlusse des Briefes lag ihre ganze Geschichte.  
„Ich danke Dir für die schöne Zeit!“ Es war ihr, als hätte sie

die Worte, wirklich von Heinrichs Stimme gesprochen. Er verriet seine Gefühle nicht. Müßtern war er oder vielleicht konnte er nicht aus sich heraus. Aber da in dem Saße lag es doch, daß es ihm leid tat, um — das, was gewesen war, wirklich leid. Sie konnte ihn doch.

Und dann der nächste Satz: „Hoffentlich sehen wir uns daheim manchmal — später.“ Das war schon etwas ganz Neues, etwas gleichsam aus der Zukunft heraus. Auch das aber war nichts Unerwartetes. Es baute die Brücke in das neue Leben und konnte nicht anders lauten. Der das sagte, war der Heinrich, den sie zu Hause wieder finden würde, ihres Vaters künftiger Prinzipal und Mietsherr, mit dem sie äußerlich nichts mehr gemeinsam hatte. Salome Zeller machte sich keine Illusionen vor. Wohl war in ihr selbst etwas wie zu Scherben und Felsen gegangen, aber nun kam es ihr zu Hilfe, daß sie dem Willen und dem Verstand Teil gegeben hatte an dem, was sie mit Heinrich verband, daß sie sich nie in Hoffnungen gemiegt, die sich nicht erfüllen konnten. Die Zeit begann schon, in der sie nur aus der Erinnerung leben konnte. Sie hätte wohl noch ein wenig ansetzen können, meinte sie, aber — nun — war sie schon da. Und — und —

Plötzlich wogte in ihr etwas auf, was für einen Augenblick alle übrigen Gefühle erlöschte. Das! Was war! Das, von dem niemand wußte! Als lebendiges Andenken würde es künftig in ihrem Leben stehen. Es war! Seit einigen Wochen wußte sie es. Sie allein. Und — mein Gott — was für ein Empfinden! Es durchwogte die ganze Natur als eine Welt von Glück, ähnlich jenem, da Heinrich sie zum ersten Male geküßt hatte, und doch wieder anders. Sie hatte nicht gemußt, daß es so etwas geben konnte, etwas so Mächtiges, in jeder Faser Rinnendes!

Das Empfinden wogte und wallte und berebte. Dann schlug eine andere Welle ihm entgegen. Eine schwere Bangigkeit befiel die Sinnende. Was sollte werden? Wie sollte es werden? So viel Unerwartetes blieb zu bedenken, und sie, Salome, war in manchem unerfahren, so selbständig sie auch mit der Zeit geworden war. Man zeigte sonst mit Fingern auf Mädchen wie — wie sie eine war. Wie — nein, nein! Nur die Sache nicht anders lassen als sie war! Sie — war — keine Sünderin. Sie hatte das alles so gemollt, ihr Leben auf diese eine Straße gelenkt. So mußte sie auch den Mut und den klaren Blick haben, sie zu gehen. Und niemand — sollte ihretwegen sich grämen, niemand — wissen, niemand, außer den Wenigen, die es erfahren mußten.

Vater und Mutter?

Die Erinnerung an diese beiden kam ihr wie ein plötzlicher körperlicher Schmerz. Gleichzeitig wußte sie, daß sie — es nie erfahren durften, sie am allerwenigsten von allen Menschen. Sie würden es nicht begreifen!

(Fortsetzung folgt.)

## Die Reinigung des Blutes

ist für jedermann ein dringendes Gebot. Wir raten Ihnen, 30 Gramm Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1-2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstraße 10.

**Ämtlicher Teil**

**Gebühren der Schornsteinfeger.**

Auf Grund der Bekanntmachung des Senats, betreffend die Kehrlohnordnung vom 24. August 1923, wird hiermit bekanntgegeben, daß die Sätze der als Grundtage geltenden Kehrlohnordnung für die Zeit vom 26. August bis 1. September mit 5,5 zu vervielfältigen sind. (5987) Lübeck, den 31. August 1923. Das Polizeiamt.

Höchstpreis für Vollmilch ab 1. Septbr. 1923 M. 300.000.— je Liter. Lübeck, den 31. Aug. 1923. (5988) Das Landesversorgungsamt.

**Nichtamtlicher Teil**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck. Am 29. August starb unser Kollege, der Hilfsarbeiter **Heinrich Marweg.** Wir werden demselben ein ehrenvolles Andenken bewahren. D. Ortsverwaltung.

Saubere Haushälterin im Alter von 40-50 Jahren gesucht. Ang. unt. G 228 an die Exp. d. Bl. (5972)

Eine gut erhalt. Kinderbettstelle mit Matratze zu verkaufen. (5957) Lang. Lohberg 35. Gth. I.

Zu verkaufen D. Scherabanzüge und Schuhe. (5971) Krähenstr. 34.

Tranexhut, neu, billig zu verkaufen. (5969) Beckergrube 68.

Sofa billig zu verk. Große Burgstr. 15, II. (5955)

Neues Chaiselongue und Aufzugmatratze zu verkaufen. (5977) Reiterstr. 26 a, Dimerch.

Ein Küchenschrank, 1 m lang, 60 cm breit, zu verkaufen. (5966) Lützenhagen 26,3.

Herren-Jackett u. Wintermantel für mittelgroße Figur zu verkaufen oder zu tauschen. (5953) Waisblumenstr. 63, I. r.

Verfälscht über Aktien der D. f. G. u. G. zu gutem Preis z. L. gel. Ang. u. C 227 an die Exp. d. Bl. (5958)

2 H. Landmaschinen o. D. Fahrrad mit u. ohne Bereife. Ang. u. C 224 an die Exp. (5953)

G. erh. D.-B.-Mantel gel. Ang. u. C 223 a. d. Exp. d. Blattes. (5959)

Bohnerbelen gel. Ang. m. Pr. u. C 225 a. d. Exp. (5955)

**Ablauf von Gold-, Silber-, Eisen-, Platin.** (5951) Uhmoyer Hübner, Hühnenstr. 13.

**Seifen**

Stauend billig (5982) **Fischergrube 43.** Wiederverkäufer Rabatt.

**J. H. Pein**

Lübeck Markt 10/12 Breite Straße 64/68. Das bekannte Kaufhaus für (5988) Arbeiter-Sardinen, Bekleidungs-, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion, Erhält. Manufakturwaren.

**Steppdecken**

Anfertigung u. Neu- beziehen. Spethmann Breite Str. 31 Fernsp. 3659 (5781)

**Leder**

Lederanspruch Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten — alle Schuhmacher-Arbeiten — **C. Grimm Nachf.,** Lederhandlung und Schäftefabrik. (5920)

**Jedes Angestellter**

befähigt sofort F. Krüger beid. Kommerz., Akti.- u. Radikalmittel gegen Kopfschmerz. (5706)

**Anzeigen,**

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten“** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags**

in unserer Geschäftsstelle aufgegeben sein; größere Anzeigen erbiten wir tags vorher.

Die Geschäftsstelle des **Lübecker Volksboten.** Johannistr. 46.

**Wir sind billig!**

**Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.**

Eleg. Anzüge, Gummimäntel, Hüfen, Topfen, Schlüpfer usw. elegante Damenschuhe, Halbschuhe, schwarze, Stiefel, Herrenstiefel, Arbeit- und Schaffstiefel, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjaden, Kleiderstoffe, Woiles, Frottes, Glanese, Anzugstoffe, Wadstein, Julett, Cheviots, Leinen, Betten, Aufsteiner, Loden und Manchester, (5987) Semden... usw.

Noch wirklich preiswerte Angebote!

**Ehlers & Reetwisch**

Solktenstr. 1. St. Petri 2 u. 4. Das bekannt reiche Kaufhaus für Arbeiter und jeden Beruf.

**Prost & Co. Bankgeschäft**

Breitestraße 65, I. Fernsprecher 8955/36.

Wir verzinsen bis auf weiteres **Giro-Einlagen mit 15 % p. a.**

**Spar-Einlagen** bei 1 monatl. Kündigung mit 32% p. a. bei 3 monatl. Kündigung mit 42% p. a.

Für Beträge über Mk. 50.000.000 besonders günst. Bedingungen auch auf kurze Termine.

Einrichtung von Goldmarksparkonten bei 6 monatl. Kündigung 20 % Zinsen p. a. in Goldmark bei 12 monatl. Kündigung 30 % Zinsen p. a. in Goldmark (5965)

**Wiederveröffnung der Käsehalle**

am Sonnabend, dem 1. September. Billigste Einkaufsquelle aller Käsearten. **Nordische Käsefabrik, Bernhard Horstmann A.-G.** Tel. 8178. (5979) Lindenstr. 20/22.

**Prima Kernleder-Sohlen.**

26 Beckergrube 26. (5957)



**So kann man stürzen**

wenn man seine **Gummisohlen und Absätze** nicht in der **Reform-Schuhwaren-Depot u. Glasperlei** (mit elektrischem Betrieb) **50 Häufigstr. 50** **Robert Jentzen** nachkaufst.

**Simerbier.**

Sonnabend v. 4-6 Uhr. (5970) Brauerei Stamer.

**Allerngemeinshaft Vorhans- u. Kreditverein zu Lübeck**

z. G. m. b. H. liefert (5949) **Möbel** Ausstatt im Bureau **Hundestr. 49-51, Hinterhaus I.**

Hierdurch machen wir bekannt, daß die von uns ausgestellten **Gutscheine** in Stücken von Mt. 3.000.000.—, Mt. 1.000.000.— und Mt. 500.000.— bis 10. September ds. Jz. einschließlich von uns zurückgezogen werden. Wir erlauben daher die Inhaber solcher Gutscheine, dieselben bei den betr. Banken zur Erstattung des Gegenwertes einreichen zu wollen. Nach dem 10. September wird eine Zahlung auf dieselben nicht mehr erfolgen. (5978)

**Stanz- u. Emailirwerke**

vorm. Carl Thiel & Söhne, Actien-Gesellschaft. Heiner. Thiel.

**Beitraagsmarken**

für Vereine, Gewerkschaften fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**

Kaufe dauernd **Lumpen, Eisen, Papier, Metalle, Knochen, Krollhaare und Flaschen** **J. Lissauer, Schildstr. 5.** (5948)

**Reinigungs- u. Vergütungs-Anzeigen**

**Moislinger Baum.** Sonnabend, den 1. September, Anfang 7 Uhr: **Gr. Sommernachtsball** unter Mitwirkung der „St. Lorenz-Liedertafel“, des beliebten Humoristen **Max Giesenberg**, sowie des beliebten deutschen Meisterschafts tänzerpaars **Jenny u. Willy Conrad-Jarow.** (5961) **Rudolph Jäde.**

Lübecker **Bandonion-Orchester.** Morgen Sonnabend, d. 1. September **Gr. Festball** im Gewerkschaftshaus Anfang 7 Uhr. (5956) Der Festauschuh.

**Kolosseum** Heute 7 Uhr: **Lustiger Abend** bei **Hilde Möbius u. Reinh. Wolf** veranstaltet von Hilde Möbius unter Mitwirkung von **Philine Textor** der herrn. dramatischen Sängerin und **Robert Sulanke** mit feinem Flöten und temperamentvollen Konzert- und Bassorchester. **Konzert — Soli — Duette. Taneinlagen.** (5988)

**Angestellten-Protestversammlung**

am Freitag abend 7 Uhr im Konzerthaus „Flora“ Nebenhoffstraße, für alle im **Großhandel** und in der **Industrie** beschäftigten Angestellten.

Tagesordnung: **Unsere Not! — Wir und die Arbeitgeber.** Eintritt nur gegen Mitgliedsausweis. **Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeisterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten.** (5986)

**Stadthallen-Lichtspiele.** Vom 31. August — 6. September **Der internationale Großfilm Bohème.** 6 Akte nach Motiven von Henry Murger. In der Hauptrolle **Maria Jacobini.** **Eine Nacht gelebt im Paradies.** Reizendes Lustspiel in 4 Akten mit **Wanda Treumann, Reinhold Schünzel.** Auf unsere hervorragende Hauskapelle unter der Leitung unseres Kapellmeist. Herrn **Franz Gödel** wird besonders hingewiesen. (5975)

**K OLOSSEUM** Morgen Sonnabend: **Groß. Ball** Kassöffn. 6 1/2 Uhr. (5979) Typographische Vereinigung.

**BIOPHON** Spielplan vom 31. Aug. — 6. Sept.: **HARRY PIEL** in „Abenteuer einer Nacht“. Was dieser Film uns zeigt, das läßt sich nicht in dürren Worten sagen, das muß mit erlebt werden, wenn es in Bildern von atemberaubender Spannung an uns vorübergleitet. **Harry Piel. Harry Piel.** Sensationsdrama von **Alexandre de Stefani:** Die Geheimnisse der 3. Nov.-Woche. „Der Sieg ist unser! Sie haben verloren! Die Komödie ist zu Ende, meine Herren... Die Wirklichkeit beginnt!“ (5976) Aufregende spannende Handlung. **Die Braut des Kalifen.** Hochinteressant.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Lübeck **Bezirk Siems.** (5986)

**Versammlung** am Sonntag, d. 2. Sept. nachm. 4 Uhr im **Lokale Schwarz, Herrenbrücke.** Vortrag des Kollegen **A. Dräger** über: „Die wirtschaftliche Lage“. Zahlreichem Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Trocadero.** Schlüsselbad. A. F. 787 **Täglich ab 5 Uhr nachmittags:** **Stimmungs-Konzerte.** (5983)

**Stadtheater Lübeck.** Sonnabend, 7.30 Uhr: **Volksbühne. Rabale und Liebe.** Sonntag, 7.30 Uhr: **Cavalleria rusticana, Der Bajazzo.** (5963) Montag, 7.30 Uhr: **Volksbühne. Daffins und Baffins. Abu Daffan, Der betrogene Kadi.**

**Geschäftsbücher Schreibblocks Rechnungsblocks Quittungsblocks Kuverts Klebemarken Garderobenblocks Keilnerbonsbücher Tinte, rot u. schwarz Leim, gute Qualität Bleistifte, Kopierstifte Federn, Federhalter** zu haben in der **Buchhandlung Lübecker Volksbote.** (3762)

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 31. August.

### „Menschlichkeit“

Der grämlichste Krieg — der menschlichste Krieg!  
Zum Frieden führt er durch raschesten Sieg.  
Kaum hört's der Gegner, denkt er: Hallo!  
Natürlich wüt' ich dann ebenso:  
Nun treiben die beiden Wüteriche  
Die Grausamkeit ins Ungeheuerliche,  
Und suchen durch das grausamste Wüten  
Sich gegenseitig zu überbieten —  
Jeder gegen den andern bewehrt  
Mit zehn Millionen Deute.  
Und wenn sie noch nicht aufgehört,  
Wüten sie noch heute.

Frank Wedekind.

### Ein Arbeiter an alle!

Wenn das Schiff auf hoher See in schwerer Sturmzeit mit den aufgeregten Elementen kämpft, da ertönt der Ruf „Alle Mann an Bord!“ Und manches von Wellen und Sturm zum Wrack geschlagene Schiff wurde durch die alles hingebende, Ruhe und Schlafernde Mannschaft noch im letzten Augenblick gerettet. Genau in derselben Lage wie solch eine Schiffsmannschaft befindet sich heute das deutsche Volk. Durch einen verloren gegangenen Krieg wirtschaftlich vollständig heruntergekommen, kämpft heute der größte Teil direkt um das nackte Leben. Dieser erbitterte Kampf der Massen um die Erfüllung der einfachsten Lebensbedingungen birgt eine schwere Gefahr in sich, die Gefahr nämlich, daß das ganze Kulturleben des deutschen Volkes darunter leidet. Schon werden Stimmen laut, die von dem Untergang der Kultur des Abendlandes sprechen. Andere prophezeien neue Kriege, wenn die Menschheit nicht endlich zur Besinnung kommt. Wenn auch hier vielleicht zu schwarz gemalt wird, so ist es doch nicht abzuleugnen, daß edle Tugenden der Menschheit, wahre Menschenliebe, Hingabe an eine große Idee und Gemeinschaftsinn immer mehr verschwinden, während die traffe Selbstsucht Orgien feiert und die Anbeter der Gewalt, die alles Recht auf die Spitze des Schwertes stellen, sich nicht beruhigen können. Diesem immer tieferen Sinken der Moral einen Damm entgegenzusetzen, ist die Pflicht eines jeden freien Menschen. Jedes Streben nach höherer Kultur, jede Förderung des Gemeinschaftsinnes, der das wahre Menschentum verwirklicht, muß er unterstützen. Keiner soll verzweifeln die Fülle ins Korn werfen und sagen, es sei nicht möglich. Es ist möglich, wenn alle mithelfen, die ein übervolles Herz besitzen und Mitleid haben mit den Menschen, die geistig verarmen. Wir brauchen uns nur der deutschen Arbeiterbewegung zu erinnern. Mit was für kleinen, unzulänglichen Mitteln wurde sie angefangen, und was haben Idealismus und Vertrauen auf die eigene Kraft geschaffen. Große Genossen- und Gewerkschaften, eine gewaltige Partei mit starker Presse, und nichts war dazu weiter nötig, als der Wille der Massen. Was hier auf dem Boden der Partei- und Wirtschaftsbewegung geschaffen wurde, das soll und muß auch im Kulturleben des deutschen Volkes möglich sein. Als eine Einrichtung, die Kultur und echte Kunst in die Massen des Volkes trägt, sind die freien Volkshäuser Deutschlands anzusehen. Selbst ihre Gegner werden es zugeben, wenn eine große sittliche Idee überhaupt Gegner haben kann. Wenn Parteien und Gewerkschaften auf die Bedürfnisse und Hoffnungen bestimmter Schichten der Bevölkerung eingestellt sind, so trifft dies auf die freien Volkshäuser nicht zu. Hier können alle Kreise unseres Volkes sich vereinen, das sagt schon der Name. Jeder soll und kann Mitglied werden. Der demokratische Aufbau gibt jedem die Gewähr, daß eine Bevorzugung einzelner Personen gegen den Willen der Mehrheit nicht stattfinden kann. Alle können mitarbeiten im Dienste dieser Bewegung, in dem schönen, edlen Bewußtsein, ihre Kräfte dem großen, idealen Werke der Förderung des kulturellen Aufstieges des Volkes zur Verfügung gestellt zu haben. Durch gute Theateraufführungen und andere künstlerische Veranstaltungen sollen die Massen herangebildet werden, echte Kunst vom Kitsch unterscheiden zu lernen, da letzterer nur der Zerstreuung und Unterhaltung und leider nur zu oft viel schlechterem dient. Die Volkshäuser sind die Wegbereiter der Volkstheater. In ihnen soll die darstellende Kunst die Menschen Seele bis in das Tiefinnere erschüttern, sie reinigen und zum Tempel wahrer Menschenliebe machen. Langsam, aber sicher werden die Massen die Kunst verstehen lernen, ihre Gesetze ergründen; und sie, die Herrliche, die bis jetzt nur von einem kleinen Teil verstanden wurde, wird Besitz der Masse, wird Volkstheater und Trägerin einer neuen Kultur. Ein Traum, zu schön, um Wirklichkeit zu werden, wird mancher sagen. Doch dieser Traum muß Wahrheit werden, und sollten darüber Jahrzehnte vergehen. Langsam, Schritt für Schritt, in zäher Arbeit werden wir vorwärts kommen; Stein auf Stein werden wir bauen müssen, und wenn nicht wir, so vollenden doch unsere Nachkommen — das ist unser Glaube — den Monumentalbau einer neuen deutschen Kultur, die wahre Menschenliebe predigt und wahres Menschentum zum Gesetz erhebt.

Carl Schenk.

Unfall oder Selbstmord eines jungen Lübeckers? Wir lesen im „Vormärts“: In der Obersee beim Ruderklubhaus Hellas in Treptow wurde Mittwochabend ein herrliches treibendes Ruderboot entdeckt. In dem Ruderboot lag ein Herrenklubler, eine Brieftasche mit 671 000 Mk. und ein an Frau School in Lübeck, Krähentstraße 24, adressierter Brief mit dem Vermerk auf der Rückseite: „Sinder wird gebeten, diesen Brief zu expedieren.“ Briefschreiber ist Willy School. Es liegt höchstwahrscheinlich Selbstmord vor. Ein Bootsvermieter in der Nähe hatte drei Stunden vorher das Boot gegen eine Million Pfand an einen jungen Mann, der sehr aufgereggt war, vermietet. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Die Nachsteuer auf Leuchtmittel und Zündwaren ist nunmehr durch zwei Verordnungen des Reichsfinanzministers angeordnet worden. Nachsteuer wird der Bestand vom 1. September von Metallfadernlampen bis zu 60 Watt mit 120 000 Mk., bis zu 100 Watt mit 180 000 Mk., darüber mit 250 000 Mk., von Quecksilberdampflampen für je 100 Watt 180 000 Mk., Glühkörper 15 000 Mk., Brennstoffe aus Reinholze des Kilogr. 800 000 Mk., andere 450 000 Mk.; Zündwaren bis 60 % Stück 2800 Mk., je 60 mehr ebenfalls, also 47 Mk. das Stück. Ergo beträgt die Nachsteuer für jedes Zündholz 47 Reichsmark! Nur Rasen und Ziegen usw. brauchen Befreiung für ihre Mitglieder nicht zu verlieren.

Eine Berichtigung über die Sitzung des Landesverwaltungsamtes sendet uns auf Grund des Protokolls Herr Max Schiemann vom Hause A. Behn u. Sohn. In unserem Bericht heißt es: „Der Vertreter des Großhandels erklärte: „Im besten wäre es, schon bei der jetzigen Zuerückgabe den Wiederbeschaffungspreis zu nehmen, der ca. 350 000 Mk. pro Pfund betragen würde. Hiergegen wandten sich in scharfer Weise die Vertreter der Verbraucher, wobei darauf hingewiesen wurde, daß in

Hamburg der Zuder 200 000 Mk. koste.“ Herr Schiemann schreibt: „Der Vertreter des Großhandels hat ausgeführt, daß dank der Vorzüge von Handel und Staat der Zuckerverbrauch zu einem Preise beschafft wurde, der es gestattet, daß man, ohne daß der Bevölkerung ein unangemessener Preis zugemutet werde, den Handel wieder in den Stand setze, seiner Versorgungspflicht nachzukommen. Der Vertreter des Großhandels hat in seiner Darlegung zunächst kein Wort vom Wiederbeschaffungspreis gesprochen. Er hat vielmehr im Verlauf der Verhandlung, als von anderer Seite ein Preis von 350 000 Mk. genannt wurde, ausgeführt, daß es völlig unmöglich sei, von einem Extrem ins andere zu verfallen, daß man einen angemessenen Mittelpreis wählen müsse.“

Zu der Berichtigung des Herrn Schiemann ist zu bemerken, daß er hauptsächlich betonte, der Großhandel wäre durch die Zwangsbeschaffung des Zuckers verarmt und deshalb erwarte er, daß dem Großhandel ein wesentlich höherer Preis schon bei der jetzigen Verteilung zugestanden würde. Da er wandte sich in scharfer Weise gegen dieses Ansuchen, denn „verarmt“ seien wir alle, und dem Großhandel eine Extrarabatt zu braten, läge gar kein Grund vor. Daß seitens der Vertreter der Händler der Vorschlag gemacht wurde, den Wiederbeschaffungspreis zu nehmen, halte ich aufrecht, habe aber nicht behauptet, daß Herr Schiemann diesen Vorschlag gemacht hat. Ueber die Festsetzung des Preises wäre noch manches zu sagen, da ich den Standpunkt vertreten habe, daß ein Preis von 210 000 Mk. völlig ausreichend wäre.

H. Salamon.

### Der Weg ins Elend.

Milchpreis für Lübeck 300 000 Mark.

Im grenzenlosen Laumel der Preisgestaltung kommt der Wahnsinn kapitalistischer Wirtschaftsmethoden immer krasser zum Ausdruck. Im rasenden Tempo saufen wir in das Elend hinein. Schneller noch als der Dollar steigen die Inlandsprodukte und dieselben Leute, die sich über die Forderung wertbeständiger Löhne der Arbeiter und Angestellten aufregen, sichern sich jeden Tag doppelt und dreifach gegen die Verwässerung ihres Einkommens. Und wenn auch einzelne einmal Verluste erleiden, insgesamt ist ihr Tisch aber doch jeden Tag gut gedeckt, während die Schüssel der Lohn- und Gehaltsempfänger täglich weniger gefüllt werden und deren Inhalt immer geringwertiger wird. Wohin soll dies führen?

Ganz toll wurden diese Woche die Milch- und Butterpreise von den Hamburger Notierungskommissionen in die Höhe gehraubt. Selbst wenn man die am 1. September einsetzende Frachterhöhung in Rechnung stellt, so ist doch die Steigerung unverantwortlich. Nahezu um hundert Prozent wurden Butter- und Milchpreise gegenüber der Vorwoche gesteigert. Sie betragen 1 700 000 resp. 184 000 Mk., heute kostet in Hamburg Butter 3 300 000, Milch 352 000 Mk.

Und was für Hamburg gilt, wir in Lübeck wissen, daß der Unterschied nicht allzu groß ist. Über Butter und Milch sind Luxusartikel. Sie werden bei uns im Lande erzeugt. Der Arbeiter verzehrt sie nicht. Und so ist es mit allen anderen Artikeln. Sup-

penfleisch (Gefrierfleisch) kostet eine Million, Braten und Beefsteak 1 380 000, Schweinefleisch Nacken gar 2 1/2 Millionen, Schulter und Bauch 2,4 Millionen. Das Markenbrot wird morgen 320 000 Mk., Feinbrot 330 000 Mk. kosten, und ehe wir es uns versehen, wird das markenfreie Brot vom heutigen Preis von 760 000 Mk. auf weit über eine Million Mark steigen.

Selbst ein laufiger Hering kostet 90 000 Mk. Kartoffeln, Gemüse, Obst sind unerhörlich. Und erst die Brennstoffe! Ein Zentner Briketts kostet ab Lager 3 500 000 Mk., gebrochener Koks gar 9 580 000 Mk.

Die Frauen müssen ja verzweifeln, wenn sie diese Preise lesen. Bei all diesen Preisgestaltungen ist es für sie ein schwacher Trost, daß die Preise in fast allen Großstädten teils ebenso hoch wie hier, teils noch höher sind. Wenn in Hamburg bereits die Preise für Lebensmittel so hoch sind, daß ausfahrende Dampfer es vorziehen, sich im Ausland zu verproviantieren, so zeigt sich hier deutlich, wie in Deutschland gewirtschaftet wurde. Der deutsche „Erwerbsinn“ scheint aber ein Denken nicht mehr zuzulassen. Was ist in einem wilden Laumel. Wie wird er enden?

### An die werktätige Bevölkerung Lübecks!

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobmänner, Baudelegierte, gewerkschaftliche Vertrauensmänner der Zwergebetriebe!

Um die Versorgung der werktätigen Bevölkerung Lübecks mit Kartoffeln bestmöglichst vorzubereiten und zu sichern, ist es notwendig, einen Ueberblick über den ungefähren Bedarf zu bekommen. Wir bitten deshalb, wie im Vorjahre, die obengenannten Funktionäre der freien Gewerkschaften, Umfrage bei ihren Kollegen und Kolleginnen zu halten und listenmäßig diesen Bedarf an Kartoffeln der Betriebszentrale des ADGB zu melden. Diese Meldungen müssen bis längstens den 10. September erfolgt sein. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden.

Die Betriebsrätezentrale. J. A. Dreger.

### Zahlung der Beamtenegehälter.

Das Nachrichtenamt schreibt:

In der gesamten deutschen Presse wird zurzeit die Frage der Beamtenegehälter lebhaft erörtert und zumeist gegen die Vorauszahlung des Gehalts oder der Nachzahlungen für längere Perioden Sturm gelaufen. In Lübeck ist diese Frage seit längerer Zeit aktuell und hat schon zu besonderen Maßnahmen geführt. Nach dem Ausgleichsgesetz, welche die finanziellen Verhältnisse zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits regelt, überweist das Reich etwa 75 Proz. der für Gehaltszahlung erforderlichen Mittel; auf die genaueren Bestimmungen sei hier nicht eingegangen. Die restlichen 25 Proz. der Gehälter für seine Beamten muß Lübeck selbst aufbringen. Die Vierteljahreszahlungen bzw. die Nachzahlungen für längere Perioden erforderten selbstverständlich sehr große Summen, deren Einnahmen zu den gleichen Terminen nicht in erforderlicher Höhe gegenüberstehen konnten. Da auch Kredit in entsprechender Höhe nicht

## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 30. August.

### Die Stangenhalter des Senats.

Die Bürgerschaftssitzung am Donnerstag gab ein Bild zum Schreien. Rechts und Links war wieder einmal vereint, um dem von 20 Mitgliedern gestellten Antrag auf Aenderung des Gesetzes betr. Verziehung von Senatoren in den Ruhestand die sofortige Wirkung zu entreißen. Dieser Antrag lautet:

Dem Ausschneiden eines Senatsmitgliedes auf Grund des Artikels 14 Absatz 1 der Verfassung wird der Fall gleichgültig, daß Senatsmitglieder aus politischen Gründen ihr Amt niederlegen. Handelt es sich in einem solchen Falle nicht um den Rücktritt des Gesamtinhalts, sondern um den Austritt einzelner Mitglieder, so findet diese Bestimmung nur Anwendung, wenn der Senat die Rücktrittsgründe dieses einzelnen Mitgliedes als stichhaltig anerkennt.

Genosse Haut gab kurz und bündig die Gründe des sozialdemokratischen Antrages bekannt. Er erklärte, seine Fraktion habe in der vorigen Sitzung dem Senat kein Mißtrauensvotum ausgestellt, um ihm die Möglichkeit einer Umbildung zu geben. Der Senat sei in seiner großen Mehrheit diesem Gedanken gefolgt. Die sozialdemokratische Fraktion wolle nicht, daß sich die langjährigen Mitglieder des Senats in irgend einer Weise geschädigt fühlen, deshalb beantrage sie diese Aenderung. — Vor der politischen Konsequenz der Rechtsparteien, die in der letzten Sitzung dem Senat Verfassungsbruch vorgeworfen, hegten wir nie übergroße Achtung. Wie recht wir mit dieser Ueberzeugung haben, das bewies deren Verhalten gestern Abend, das unser Fraktionsredner so apostrophierte:

„Ich stelle fest, daß der bürgerliche Senat in seiner Mehrheit auch nicht eine einzige Stimme des Parlaments hinter sich hat. Deshalb muß er noch schneller befeitigt werden.“

Die bürgerlichen Parteien verkrochen sich hinter die Demokraten, deren aus der Verlesung emporgeschobener Sprecher, Herr Klein, eine verquirlte Erklärung abgab, die ungefähr folgenden Inhalt befißt:

Im innigen Zusammenhang mit der Verfassung steht jedem aus verfassungsrechtlichen Gründen aus dem Senat scheidenden Mitglieder ein Ruhegehalt zu. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt, daß sie zum Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung kein Vertrauen mehr habe, weshalb dieser seine Mandate an die Bürgerschaft zurückgeben solle. Wenn die sozialdemokratische Fraktion zu einem Senatsmitgliede oder mehreren Senatsmitgliedern kein Vertrauen habe, so möge sie den verfassungsrechtlichen Weg einschlagen. Die demokratische Fraktion sei nicht gewillt, dem Senat allein unter Ausschluß der Bürgerschaft die Entscheidung darüber zu überlassen, ob und wann ein Senatsmitglied oder mehrere Mitglieder oder der Gesamtjenat das Amt mit der Berechtigung auf Ruhegehalt niederlege. Die Bürgerschaft dürfe sich nicht ausschalten lassen. Dies um so weniger, als eine finanzielle Belastung von ungeheurer Tragweite für den lübischen Staat daraus erwachsen könne. Der kleine lübische Staat könne sich nicht erlauben, neben 12 oder 14 Senatoren ebenfalls noch mehr mit Ruhegehalt zu verzeihen. Deshalb lehne die demokratische Fraktion den sozialdemokratischen Antrag ab.

Diesem schiefen Winkelzug schlossen sich, wie oben ausgeführt, die bürgerlichen Parteien stummweigend an. Sie wurden von den Kommunisten unterstützt, die den Antrag deshalb ablehnten, weil sie den Ruhegehaltsanspruch eines aus politischen Gründen zurückgetretenen Senatsmitgliedes ablehnten. Eine billige Ausrede haben die Kommunisten ja stets, wenn für sie keine Aussicht besteht, die reine Arbeiter- oder Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten. Der sozialdemokratische Antrag wurde also nur mit einfacher Mehrheit angenommen. Er geht an den Bürgerausschuß. Da über diese Angelegenheit noch an anderer Stelle unseres Blattes gesprochen wird, können wir uns hier ein weiteres Eingehen erparen.

Der Bürgerschaft lag ferner ein Antrag vor, betr. Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Vereinigung Republik. Dieser Antrag brachte Herr Rosenquitt in Wallung. Die Leuchte der Arbeitgemeinschaft glaubte den Antrag schon deswegen nicht bewilligen zu können, weil Mitglieder der Vereinigung Republik Handwerkerseinde seien und die Baugewerkschaft zu Grabe getragen hätten. Der Mann permanent also Staatsnotwendigkeiten mit Schachergeschäften. Von der „unpolitischen“ Fraktion ist nicht mehr zu verlangen. — Bei dieser Gelegenheit brachte Frau Greve (Komm.) recht Erbauliches vor über die Behandlung der unschuldigen Opfer des letzten Volkseisendails im Krankenhaus. Die Kranken werden dort von leitenden Personen verhöhnt und beleidigt, die Verpflegung sei miferabel. Kein Mensch bekümmere sich um sie. — Kiesel (Komm.) forderte die Ueberführung der Opfer in das fatallöse Krankenhaus, zog aber den Antrag zugunsten eines anderen zurück, der verlangt, daß die Betroffenen nach den Grundsätzen der 1. Klasse behandelt werden. Der Antrag fand nur einfache Mehrheit. Gegen den Senatsantrag stimmten alle bürgerlichen Fraktionen, so daß er der zweiten Lesung bedarf.

Unter den geschäftlichen Mitteilungen gibt der Wortführer Ehlers bekannt, daß das Bürgerschaftsmitglied Polizeiwachmeister Wagner (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe. An dessen Stelle sollte Apotheker Timmermann treten. Dieser verzichtete aber auf das Mandat, das nun Fischer W. D. B. einnimmt. — Die Redaktion des General-Anzeigers beschwert sich über Angriffe, die in der vorigen Sitzung ihr Redaktionsrat habe erleiden müssen, ohne sich verteidigen zu können und ohne daß der Wortführer diese gerügt hätte. Dieser möge nachträglich die Redner eruchen, einigermaßen den parlamentarischen Anstand zu wahren. Der Wortführer erklärt, beleidigende Äußerungen überhört zu haben. Im übrigen sei es Sache des Parlaments und nicht der Presse, das Ansehen der Bürgerschaft zu wahren. Das Präsidium habe nur die Mitglieder, Beamten und den Senat zu schützen. Die Presse müsse sich selbst schützen. Die Eingabe führte zu einer kurzen Auseinandersetzung, in der Genosse Haut und der Kommunist Kiesel ihre Vorwürfe gegen den General-Anzeiger unterstrichen. Der Volksparteiler Gwers bezeichnete es als eine Verwilderung parlamentarischer Sitten, wenn man Persönlichkeiten angreife, die sich nicht verteidigen können. Der Wortführer erklärte zum Schluß, die infrimierten Ausdrücke seien unparlamentarisch gewesen und müßten in Zukunft unterbleiben.

Schluß kurz nach 7 Uhr.

zu beschaffen ist und eine solche Inanspruchnahme des hiesigen Geldmarktes diesen stark beeinflussen muß, hat die Finanzbehörde bereits bei den letzten Gehaltszahlungen von einer sofortigen Ueberweisung der von Lübeck aufzubringenden 25 Proz. absehen müssen, dagegen sind die vom Reich überwiesenen Gehaltssteile schrittweise sofort ausgekehrt; die restlichen 25 Proz. sind dann stets sobald als möglich beschafft und überwiesen. Aus diesem Verfahren könnten jedoch Rechtsstreitigkeiten hervorgehen, da das Beamtenbesoldungsgesetz von vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten aussieht. Die Finanzbehörde hatte deshalb eine Aenderung derjenigen Bestimmungen des Beamtenbesoldungsgesetzes beantragt, welche die Zahlungsweise regeln. Der Senat hat jedoch beschlossen, von einer Gesetzesänderung abzusehen; er hält es für ausreichend, wenn der Antrag der Beamtenorganisationen folgend, von den Beamten schriftlich erklärt wird, daß sie Rechtsansprüche wegen nicht rechtzeitiger Auszahlung des Lübeckischen Gehaltsanteils nicht geltend machen werden. Die Behörden sind angewiesen, die Beamten zur Abgabe entsprechender Erklärungen aufzufordern.

### Wesentliches und Unwesentliches.

#### Zur Beruhigung des Herrn Knie.

Der „Gen.-Anz.“ erwähnt in einer Erwiderung, daß der Kostbotenbericht über die Verhandlung gegen die Herren K. und S. wesentliche Punkte übergangen hätte, so die Zeugnisaussagen eines Tischlermeisters und Arbeiters. Letzterer, ein ehemaliger Schuhmacher in den siebziger Jahren, der während der ganzen Verhandlung teilnahmslos und in sich versunken dasah und den Transportwagen gefahren hatte, gab an, im Markt nichts gesehen zu haben, was wir ihm auch gerne glauben. Und der Tischlermeister ist bei der Pfaffenstraße zufällig auf den Transport gestiegen und hat sich, wie die anderen 150 Neugierigen, diesem angegeschlossen. Beim Markt wurde ihm wie den anderen Passanten das Tor vor der Nase zugeschlagen. Er hat also nur die Beleidigungen des S. gegen die Schutzleute gehört, die wir auch in unserem Bericht erwähnt haben. Dann sollen wir in unserem Bericht verschwiegen haben, daß nicht der Beamte die Herren, sondern die Herren den Beamten auf dem Marktplatz stellten. Ob das nun so „wesentlich“ ist, mag dahingestellt bleiben. Das Wesentliche ist erst auf der Ranzleiwache geschehen. Dort hat sich K. seine Hauptdelikte auszubilden kommen lassen, dort ist er nach seinen Angaben am festigsten verprügelt worden. Was vor und nachdem sich abwickelte, war mehr oder weniger „unwesentlich“. Wenn in unserem Bericht mehr zugunsten der Herren K. und S. zu lesen steht, so kommt es augenblicklich davon, weil wir außer dem Anklagevertreter auch den Verteidiger zu Worte kommen ließen, der u. a. auch die widerständlichen Auslagen der Zeugen feststellte. Aber das war wohl für den Berichtsteller des „Gen.-Anz.“ alles „unwesentlich“. Sp.

### Outschelker und Fleischer.

Wir brachten am 27. August unter der Überschrift „Eine Schweinerei“ aus dem Zaubner Tageblatt eine Mitteilung über den Verkaufspreis eines Schweines und den Preis des Fleisches. Danach sollte ein Gewinn von 118 Millionen erzielt sein. Von hiesiger interessierter Seite wird uns nun die „Allg. Fleischer-Zeitung“ zugesandt, in der die Angaben bestritten werden. Es sollen nur 100 000 000 abzüglich des 47 Millionen betragenden Kaufpreises an dem Schwein herausgewirtschaftet worden sein. Zudem habe der ganz unzuverlässige Grundbesitzer noch 10 Pfund Fleisch zum halben Verkaufspreis erhalten. Dann seien alle horrenden Unkosten, Steuern, hohe Zinssätze für die Beleuchtung des Gelbes usw., nicht angeführt worden. Die Fleischer-Zeitung bemerkt zu der Gegenrechnung: Der Landwirt hatte kein „schweres Schwein“ verkauft, sondern eine rohe, alte Zuchtta u. Von welcher minderwertigen Beschaffenheit das Tier sein mußte, geht schon daraus hervor, daß Lunge und Leber tuberkulös waren. Das Tier war vom Landwirt außerdem in geradezu unerhörter Weise vor dem Wiegen überfüttert worden. Man könnte also fast zur Annahme gelangen, daß die Sau reif für eine Totschlachting war. Und von welchem respektablen Knochenbau muß dieses Tier gewesen sein! Außerdem zeigt die Mitteilung des Fleischermeisters Gabriel, daß der Landwirt sich 10 Pfund Fleisch (sicherlich nicht vom kleinsten Stück) zum weniger als dem halben Verkaufspreis ausbehalten hatte, sich also über den Gewinnspreis hinaus einen „Sintenisberumschlag“ von Millionen zahlen ließ. Auch ein interessanter Beitrag zu der Praxis, die auf dem Lande geübt wird! Die Breslauer amtliche Notiz war also überschritten worden.

Wie man sieht, hat das Schwein alle Mängel gehabt. Aber verkauft und verzehrt ist es worden. Und allem Ansehen nach ist weder der eine noch der andere dabei zu kurz gekommen. Auf einige Millionen kommt es ja heute nicht an. Eine haarsträubende Nachprüfung ist jetzt, nachdem sich andere an dem Schwein gelacht haben, nicht mehr möglich.

### Ein Brief 15000 Mark.

Die neuen Postgebühren vom 1. September an. Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. September 1923 an im Post-, Kraft-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:  
Postkarten im Ortsverkehr 15 000 M., im Fernverkehr 30 000 M.  
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 30 000 M., über 20 bis 100 Gramm 45 000 M., über 100 bis 250 Gramm 75 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M., im Fernverkehr bis 20 Gramm 75 000 M., über 20 bis 100 Gramm 100 000 M., über 100 bis 250 Gramm 120 000 M., über 250 bis 500 Gramm 140 000 M.  
Druckbriefe bis 25 Gramm 15 000 M., über 25 bis 50

Gramm 30 000 M., über 50 bis 100 Gramm 45 000 M., über 100 bis 250 Gramm 75 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 110 000 M.  
Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm 50 000 M., über 250 bis 500 Gramm 90 000 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 110 000 M.  
Postanweisungen bis 1 Million 30 000 M., über 1 bis 2 Millionen 40 000 M., über 2 bis 5 Millionen 70 000 M., über 5 bis 10 Millionen 100 000 M., über 10 bis 20 Millionen 140 000 M., über 20 bis 30 Millionen 180 000 M., über 30 bis 50 Millionen 220 000 M., über 50 bis 70 Millionen 260 000 M., über 70 bis 100 Millionen 300 000 M., über 100 bis 150 Millionen 350 000 M., über 150 bis 200 Millionen 400 000 M.  
Die Einschreibgebühr ist auf 75 000 M., die Vorzegebühre für Nachnahmen und Postaufträge auf 37 000 M. festgesetzt.  
Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 2 Millionen 10 000 M., über 2 bis 5 Millionen 20 000 M., über 5 bis 10 Millionen 30 000 M., über 10 bis 20 Millionen 40 000 M., über 20 bis 30 Millionen 50 000 M., über 30 bis 50 Millionen 60 000 M., über 50 bis 70 Millionen 70 000 M., über 70 bis 100 Millionen 80 000 M., über 100 bis 150 Millionen 90 000 M., über 150 bis 200 Millionen 100 000 M., über 200 Millionen bis unbeschränkt 120 000 M., für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 50 000 M. für eine Zahlkarte.  
Päckchen bis 1 Kg. 150 000 M.  
Pakete: 3 Kg. 1. Zone (bis 75 Km.) 180 000 M., 2. Zone (bis 375 Km.) 350 000 M., 3. Zone (über 375 Km.) 350 000 M.  
Die Auslandsgebühren betragen vom 1. September an: Postkarte 120 000 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 90 000 M., Briefe bis 20 Gr. 200 000 M., jede weitere 20 Gr. (Reisgewicht 2 Kg.) 100 000 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 150 000 M., jede weiteren 20 Gr. 100 000 M. Druckbriefe für je 50 Gr. 40 000 M.  
Telegramme: Ferntelegramme: Grundgebühr 120 000 M. und außerdem für jedes Wort 60 000 M. Ortstelegramme: Grundgebühr 60 000 M. und außerdem für jedes Wort 30 000 M. Zustellung bei ungenügender Anschrift 180 000 M. Vorauszahlung der Selbstbestellung (XP) 450 000 M.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein stellungswohnungsloser landwirtschaftlicher Arbeiter von hier, der einen größeren Posten Wäsche einem hiesigen Kaufmann gestohlen hatte. Ferner kam ein Widnerohn aus Tolkau i. Obg. wegen Hunderteinbringung in Haft. — Mittelfst Einbruches gestohlen wurden aus einem Hause der Unterirone drei blaue Seemannshosen und ein schokoladenfarbiger Damenmantel. — Aus einem Bootshaus sind mehrere Beizen, eine Hängematte, eine Rollbede, ein Paar Segeltuchschuhe und verschiedene Werkzeuge gestohlen. — Ein Fahrrad Marke „Griener“ wurde aus einem Hausflur am Geibelplatz gestohlen.

R. Meisling. Zur Lage der Landarbeiter. Am Dienstag hatte die Ortsgruppe Meisling des Deutschen Landarbeiterverbandes eine Versammlung einberufen, in der die Geldwertverwertung und die Teuerungswelle eingehend besprochen wurde. Die Lage der Landarbeiter ist so trostlos, daß diese mit ihrer Wohnung sich nicht einmal die nötigen Lebensmittel kaufen könnten, geschweige denn noch Manufaktur- und Schuhwaren. Es wurde beschlossen, die Gauleitung zu beauftragen, sofort eine Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern anzubahnen, damit die Forderung der Lohnminderungen voll und ganz bewilligt wird. Die Landarbeiter müßten endlich einmal in die Lage kommen, eintragsmäßig als Mensch leben zu können. Ferner wurde beschlossen, zu der im September stattfindenden Generalversammlung die Unkosten der Delegierten in natura von den Mitgliedern zu erheben, um die Generalversammlung so zu gestalten, daß sie unserm Verband zur Ehre gereiche.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw. Angestelltenprotestversammlung! Die Angestelltenorganisationen machen die Lübecker Angestellten des Großhandels und der Industrie ausdrücklich auf die heute abend 7 Uhr im Konzerthaus Alra, Nebenstraße stattfindende Protestversammlung aufmerksam. Es soll Stellung genommen werden zu dem vollkommen ungenügenden Angebot seitens der Arbeitgeber. Die Angestelltenorganisationen machen es ihren Mitgliedern zur Pflicht, zu dieser Versammlung zeitlos zu erscheinen, da außerordentlich wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen.

### Angrenzende Gebiete.

Schwartz-Rensfeld. Achtung, Parteigenossen! Mit Bezug auf den Aufruf des Bezirksverbandes von Schleswig-Holstein betr. Notopfer für die Partei erlauben wir sämtliche Parteigenossen, die in voller Arbeit stehen, einen Stundenlohn bei den Vorstandsmittgliedern oder den Direktionsführern abzuliefern.

S. Landesamt für Eutia am 29. August. Tagesordnung: 1. Wahl von Sachverständigen für Enteignungsfälle. 2. Erteilung der Genehmigung zur Ausgabe von Landesverbandspapieren. 3. Aufhebung des Statuts über Vergütungsteuer. 4. Erhebung von Zuschlägen zur Grund- und Gebäudesteuer. 5. Entwurf des Landwirtschafstammergesetzes. 6. Sitzung für den öffentlichen Arbeitsnachweis (1. Sitzung). 7. (auf Antrag unserer Fraktion) Anfrage: Was hat die Regierung getan, um ihrem Versprechen gemäß die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen. — Die Wahl zu Punkt 1 erfolgt nach Vereinbarung seitens der Parteien. Die Genehmigung zu Punkt 2 erfolgt und wird von 30 Milliarden auf 50 Milliarden ausgedehnt. Der Antrag auf Aufhebung des Statuts zu 3 wird angenommen. Die Regierung beantragt zu 4

höhere Sätze für die Grund- und Gebäudesteuer und zwar hiesige Grundsteuer mal 2 plus Indezmultiplikator, für die hiesige Gebäudesteuer ein Zehntel derselben plus Indezmultiplikator. Für Schwartz, Rensfeld und Stadelndorf würde das Bild so aussehen:  
Schwartzau. Grundsteuer bisher 279,97 Mark mal 2 sind 559,94 M. plus Indezmultiplikator macht 317 322 477 M. Gebäudesteuer bisher 10 576,70 M., davon ein Zehntel sind 1057,67 plus Indezmultiplikator macht 599 390 050 M.  
Rensfeld. Grundsteuer bisher 2792,08 M. mal 2 sind 5584,16 plus Indezmultiplikator macht 3 164 588 815 Mark. Gebäudesteuer bisher 4134,55 M., davon ein Zehntel sind 413,45 plus Indezmultiplikator macht 234 322 423 M.  
Stadelndorf. Grundsteuer 2336,28 M. mal 2 sind 4672,56 plus Indezmultiplikator macht 2 647 977 132 Mark. Gebäudesteuer bisher 5347,95 M., davon ein Zehntel sind 534,95 plus Indezmultiplikator macht 303 063 771 M.  
Der Antrag der Regierung wird angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion stellt den Antrag, den Punkt 5 von der Beratung abzusehen, damit die Organisationen dazu Stellung nehmen können. Der Antrag wird angenommen. 6. Sitzung für die Arbeitsnachweise. Der Punkt bringt Gelegenheit zu einer großen sozialpolitischen Aussprache. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Not der Erwerbslosen lindern und vor allem Arbeit schaffen soll, wird angenommen. Der Landesvorstand wird beantragt, unterbrochene Notstandsarbeiten wieder aufnehmen zu lassen. — Es erfolgt nach der Bericht der Rechnungsprüfer über die Landesverbandsrechnung, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gibt. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt.

Hamburg. Hamburg wehrt sich gegen Zuzug. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitslosigkeit in Hamburg durch den Zuzug von auswärtig erheblich gesteigert wird, hat der Senat den Reichsarbeitsminister ersucht, sofort ein Gesetz oder eine Verordnung zu erwirken, wonach die Beschäftigung der ortsfremden Arbeitnehmer in Hamburg von der besonderen Erlaubnis des hamburgischen Landesausschusses für Arbeitsvermittlung abhängig gemacht wird. Der Inhalt der an den Senat gerichteten Eingaben des Arbeiterrats Groß-Hamburgs und des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in denen gegen die Betriebsentlassungen und -einschränkungen, die jetzt in großem Umfang vorgenommen werden, Stellung genommen und eine Reihe von Forderungen aufgestellt wird, ist Anlaß zur Einberufung einer Besprechung der beteiligten Behörden und der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewesen.

Hamburg. Ein dreijähriger Brandstifter. Der dreijährige Sohn eines Bauers in Todtalsknaun zündete im Schuppen seines Vaters ein Bünd Stroh an. Das Feuer fand reiche Nahrung, und bald stand der Schuppen in hellen Flammen. Das ganze Gebäude ist niedergebrannt mit bedeutenden Haus-, Torf- und Heubevorräten. Mit vieler Mühe konnte das Wohnhaus gehalten werden.

Reinen. Vom Zuge überfahren. Ein Taubstummer wurde auf dem hiesigen Bahnhof vom D-Zug Warnemünde-Hamburg überfahren und sofort getötet. Der Mann war über die Geleise gelaufen, um zum Schweriner Zuge zu gelangen.

Neubrandenburg. Deutschnationale Plausen. In den ersten Tagen der neuen Reichsregierung in Mecklenburg-Strelitz versprach der Landbundesminister, bisheriger Landbundesvorsitzender Gutschewski, die hiesigen hungernden Städtern, im Lande für eine bessere Lebensmittelbeschaffung Sorge zu tragen. Ja, er teilte sogar als besondere Zugabe zur Feier seines Regierungsantritts in einer der ersten Landtagsitzungen mit, daß es bereits gelungen sei, den Milchpreis von 92 000 M. auf 42 000 M. zu ermäßigen. Die Landbändler waren emsig tätig, um den Beweis zu erbringen, daß die Miliregierung ihrerseits zum Besten des Volkes wäre. „Wählt Ihr deutschnational, dann bekommt Ihr reichlich und billig eure Lebensmittel!“ Aber Ruhe muß im Lande herrschen. Die herrscht, aber was ist aus den Versprechungen der Landbändler und ihres Ministers geworden? Heute steht es schon wieder ganz anders aus! Der Dollar fiel inzwischen ein paar Tage lang, aber die Preise für Lebensmittel sind unaufhaltsam immer weiter in die Höhe geklettert. Aus den 42 000 M. der Schwabeschen „Milchverbilligung“ sind über 100 000 M. zu zahlen für den Liter geworden, und Butter ist für die meisten ein Luxusgegenstand, denn nur wenige sind in der Lage, für ein Pfund dieses kostbaren Fettes 1 300 000 M. zu zahlen. Schon sieht man wieder von den früheren Morgenstunden an lange Kolonnen der Hausfrauen vor der Molkerei und vor den Konsumgeschäften, denen die Butter zur Verteilung übergeben ist, um ein wenig Butter zu erstehen. Wie gelangt, ist von einer wirklichen Verbesserung der Lebensmittelverhältnisse in unserem kleinen Ländchen der Landbundesregierung trotz aller gegenteiligen Versprechungen der jetzt regierenden Herren der Rechten nichts zu spüren. Der Landtag ist nach Hause geschickt worden. Das Volk leidet weiter bittere Not. Das, was wirklich vom Landbund geleistet worden ist, stellte nur Augenblicksmahnahmen dar unter dem Eindruck der Eroberung eines landwirtschaflichen Ministerstells.

Neumünster. Zum Lohnkampf der Textilarbeiter in Neumünster berichtet unser Kieler Parteiorgan, daß eine Verammlung der Streikenden nach reiflicher Überlegung beschlossen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Fabrikanten können zur Ruhe und Ordnung viel beitragen, wenn sie Maßregelungen unterlassen.

Hannover. Massenvergiftung durch Pferdefleisch. Nach dem Genuß von Pferdefleisch sind in Hannover-Linden etwa 50 Personen, darunter mehrere Familien, unter schweren Typhuserscheinungen erkrankt. Eine Frau ist bereits gestorben. Im Sterben liegt ein Kind. Die ärztlichen Feststellungen haben ergeben, daß es sich um Paratyphus handelt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

### Amtlicher Teil

#### Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck vom 31. August 1923. Nr. 62 enthält:

Nennet nachtrag zum Tarif für die Schlepplöhne vom 3. Februar 1923, die bei Benutzung der vom Staats-Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schlepplöhne auf dem Elbe- und Travekanal zu entrichten sind. — Druckfehlerberichtigung.

#### Elektrizitätsversorgung.

Sollte wider Erwarten durch irgendwelche Störungen ein Teil oder das ganze Gleichstromnetz spannungslos werden, so haben die Abnehmer im eigenen Interesse dafür zu sorgen, daß vor allem alle in Betrieb befindlichen Motoren ausgeschaltet werden und auch nach Möglichkeit die Abschaltung von Versorgungsanlagen am Hauptanlasspunkt erfolgt. Diese Maßnahme ist notwendig, um das Netz bei seinen Betriebsstörungen, das Reg dann wieder unter Spannung zu setzen, zu unterstützen. (5382)

Die Städtischen Betriebe.

### Festsetzung des Wertes der Sachbezüge

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 1 des Versicherungsgegesetzes für Angestellte wird der Wert der Sachbezüge vom 1. September 1923 ab wie folgt festgesetzt:

1. Voller Unterhalt (Beförderung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung)
  - a) für männliche und weibliche Angestellte in leitender oder gehobener Stellung (Ärzte, Apotheker, Juristen, Verwaltung, Geschäftsleiter, Beamten, Lehrer, Lehrerinnen, Oberlehrer, Hausfrauen u. ähnl.) täglich 900 000 M.;
  - b) für sonstige männliche und weibliche Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, jedoch einschließlich der unter 3. Aufgeführten, täglich 700 000 M.;
  - c) für Lehrlinge (auch Lehrlinginnen), Dienstmädchen, Heimmädchen und Pflegerinnen u. ähnl. täglich 500 000 M.;
  - d) für in der Schifffahrt beschäftigte Personen
    - a) Kapitäne, nautische und technische Schiffsoffiziere und sonstige in Offiziersrang stehende Glieder der Besatzung täglich 900 000 M.;
    - b) alle übrigen Personen täglich 700 000 M.
- II. Die Höhe des vollen Unterhalts gewährt, so treten an Stelle der vorstehenden Gesamtlöhne folgende Einzelgehälter:

a) nur für Beförderung	4/5
b) nur für Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	1/5
c) nur für Mittagessen	2/5
d) nur für Worgens- u. Abendbeförderung je	1/5

der vorstehend unter I. 1-4 genannten Sätze.

III. Wert der Sachbezüge von Deputatempfängern:

1. Acker- und Gartenland	12 000 000 M.
2. Wohnung	1 000 000 "
3. Heizung	60 000 000 "
4. 1 Liter Milch	130 000 "
5. 1 Ferkel	20 000 000 "
6. Getreide	—

— 12 Zentner zum Umlagepreise von 32 500 M. für den Zentner, der Rest (18 Zentner) 12 000 000 M. für den Zentner. — Der hündliche Deputatwert unter Zugrundelegung von 2600 Pflichtarbeitsstunden beträgt rund 160 000 M. Der Wert einzelner hier nicht aufgeführter Sachbezüge wird auf Antrag durch das Versicherungsamt festgesetzt.

Lübeck, den 30. August 1923. (5965)

Das Versicherungsamt.

### Nachtrag

zur Bekanntmachung zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 (R. G. Bl. 1920 S. 1107).

Zu Ergänzung der Bekanntmachung vom 12. Juli 1920 zur Verordnung über die Aufbrin-

gung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 wird für den Bereich der Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg mit Ermächtigung eines hohen Senats von Hamburg als diensteaufsichtsführender Landesregierung und im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Landesregierungen folgendes bestimmt:

Der § 1 dieser Bekanntmachung erhält mit Wirkung vom 1. August 1923 ab folgende Fassung:

§ 1.

a) Die Beiträge betragen für

Steinkohlen	auf 3 vom Tausend des
Steinkohlenbriketts	am 12. des Vertragsmonats
Rohs	gültigen, vom Reichskohlenverband festgelegten
	Preises von einer Tonne
	weinst. Feinbriketts auf 2
	Reich, abgerundet auf volle
	Tausend Mark
Braunkohlenbrikett.	auf 2/3 des obigen Satzes
Böhm. Braunkohl.	auf 1/3 des obigen Satzes
Schlammkohlen	auf 1/3 des obigen Satzes
Steinkohlengrus	auf 1/3 des obigen Satzes
Rohgrus	auf 1/3 des obigen Satzes
Rohbraunkohlen	auf 1/3 des obigen Satzes

b) Großverbraucher erhalten auf diese Beiträge einen Nachlag, der in der seither üblichen Weise berechnet wird.

Hamburg, den 27. August 1923.

Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg. (5961)

Platz.